

aktuelle analysen | 97



Hanns
Seidel
Stiftung

Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum

Matthias Herdegen / Ulrich Schlie

Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum

Inhalt

Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum	5
Einleitung und Fragestellung	7
Der strategische Rahmen	18
Serbien und die Mächte	32
Bosnien-Herzegowina: Ungelöste Aufgaben und die Politik der Mächte	42
Fazit und Empfehlungen	49
Anmerkungen	52



Prof. Dr. DDR. h.c. Matthias Herdegen

Matthias Herdegen ist Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Völkerrecht der Universität Bonn. Er ist Mitglied des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht, Direktor am Internationalen Lateinamerika-Zentrum der Universität Bonn und Direktor am Center for International Security and Governance der Universität Bonn.



Prof. Dr. Ulrich Schlie

Ulrich Schlie ist Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) und hat seit 2020 die Henry-Kissinger-Professur für Sicherheits- und Strategieforschung an der Universität Bonn inne. Zuvor gehörte er 27 Jahre dem deutschen Auswärtigen Dienst an und war unter anderem von 2005 bis 2014 zunächst Leiter Planungsstab und anschließend Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung.

Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird sich die europäische und atlantische Sicherheitsarchitektur grundlegend verändern. Die Konfrontation mit Russland und die Notwendigkeit, Sicherheit und Stabilität in Gesamteuropa zu erreichen, bleiben auf absehbare Zeit bestimmend und werden eine entsprechende Anpassung erfordern. Die mit der neuen Lage verbundenen Machtverschiebungen zeigen sich insbesondere auf dem Balkan, wo China und Russland in den vergangenen Jahren immer wieder Einfluss genommen haben, um aus dem unbefriedigenden – und zuweilen unbefriedeten – Status quo Nutzen zu ziehen.

Die Studie analysiert die gegenwärtigen Machtverschiebungen auf dem Balkan und versucht, die notwendigen Schritte für die Verwirklichung von demokratischen Standards und selbsttragender Stabilität als Voraussetzung für die weitere Aufnahme der Staaten des Westbalkans in die euro-atlantischen Strukturen zu identifizieren. Die Frage nach der künftigen Haltung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sowie konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stehen dabei im Vordergrund.

Die Studie analysiert die Machtverschiebungen auf dem Balkan in ihren geopolitischen Auswirkungen.

Abbildung 1: Welche Staaten gehören zum Balkan?



Slowenien wird geographisch nur zu einem kleinen Teil dem Balkan zugerechnet.

Einleitung und Fragestellung

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat auch die Lage auf dem Balkan stärker verändert, als dies heute in die öffentliche Wahrnehmung vorgezogen ist. Der Westbalkangipfel der Europäischen Union vom 6. Dezember 2022 hat in der Erklärung von Tirana¹ den inneren Zusammenhang zwischen dem russischen Angriffskrieg und der von Russland ausgehenden Gefährdung des Friedens und der Sicherheit von Europa sowie dem Bekenntnis zur Perspektive einer Mitgliedschaft des Westbalkans in der Europäischen Union betont.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat diesen Zusammenhang in dem ihm eigenen pragmatischen Uderstatement ohne diplomatische Umschweife in klaren Worten zum Ausdruck gebracht: „Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zwingt uns dazu, zusammenzustehen und Europas Freiheit zu verteidigen.“²

Das in Tirana geschmiedete Hilfspaket für die Staaten des Westbalkans sieht eine Energiehilfe der Europäischen Union in Höhe von 1 Milliarde Euro und Investitionen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro vor. Es soll den Partnern im Westbalkan ermöglichen, die verschärften Auswirkungen der durch den russischen Krieg ausgelösten Energiekrise abzumildern. Wenn jetzt wiederholt von einer Beschleunigung des politischen und strategischen Engagements der Europäischen Union mit Blick auf den Westbalkan die Rede ist, dann ist dies ganz wesentlich auch den dramatischen geostrategischen Umbrüchen des Jahres 2022 geschuldet, eines Umbruchs, der in seinen Konsequenzen in der Region selbst schärfer und existenzieller wahrgenommen wird, als dies bisweilen in einigen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der Fall ist.

Die russische Invasion in der Ukraine hat zudem auch gezeigt, wie notwendig eine hinreichende militärische Absicherung instabiler Zustände ist und wie leicht fragile oder ungeschützte Situationen von Aggressoren ausgenutzt werden können. Russlands Rolle in Europa muss vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 2022 grundlegend neu bewertet werden. Dies hat insbesondere auch Rückwirkungen für die Nordatlantische Allianz und das amerikanische Engagement in und für Europa.

Auf dem Balkan hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika vor nunmehr fast 30 Jahren Führungsstärke und Einsatz gezeigt, nachdem die zunächst auf sich gestellten Europäer sich als unfähig erwiesen hatten, den

Russlands Angriff auf die Ukraine hat auch die Lage auf dem Balkan grundlegend verändert.

verlorenen Frieden wiederherzustellen. Die mit den Machtverschiebungen verbundene Neupositionierung der Staaten in der Region bezieht sich deshalb insbesondere auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Russland, das schon seit Jahren Einfluss auf lokale oder regionale Matadoren – wie den Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, – dazu nutzt, um Konflikte zu eskalieren und Unruhe in die gesamte Region zu tragen. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass von allen geopolitischen Spielern in der Region am meisten Serbien von den Umbrüchen in seinen Positionierungen betroffen ist und sich veranlasst sieht, sein Verhältnis zum Westen neu zu bestimmen.

**Serbien muss sein
Verhältnis zum Westen
neu bestimmen.**

Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie, am 28. Februar 2023, haben der serbische Präsident Aleksandar Vucic und der kosovarische Premierminister Albin Kurti einem vom EU-Chefdiplomaten Josep Borrell vermittelten Elf-Punkte-Plan zugestimmt, der ein Bekenntnis zur friedlichen Streitbeilegung sowie die Versicherung enthält, die jeweils andere Seite nicht am Beitritt zu internationalen Organisationen zu hindern.³ Weithin ist das zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht unterzeichnete Abkommen als diplomatischer Durchbruch und Meilenstein auf dem Weg zur Normalisierung bezeichnet worden. Albin Kurti wurde mit den Worten zitiert, dass das Abkommen „die Gleichheit zwischen den Parteien, die Symmetrie und die gute Nachbarschaft“ zwischen den Parteien herstelle.⁴

Noch am 31. Juli 2022 hatte sich der serbische Präsident Aleksandar Vucic mit den Worten vernehmen lassen: „We have never been in a more difficult, complicated situation than today“.⁵ Mit dem Gesuch an den Kommandanten der NATO-geführten KFOR-Truppe, auf der Grundlage der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 (1999) die serbische Armee ins Kosovo einrücken zu lassen, wurde zunächst eine weitere Eskalationsstufe im Machtpoker um das Kosovo eingeleitet, der die Zerbrechlichkeit des gegenwärtigen Zustands auf der Grundlage des im Jahr 2013 von der Europäischen Union vermittelten Abkommens zwischen Belgrad und Pristina dokumentiert und leicht zu einer weiteren Eskalation hätte führen können.⁶

Die Spannungen zwischen seinem Land und dem Kosovo hatten sich im zurückliegenden Sommer 2022, am Vorabend des Inkrafttretens neuer Einreisebestimmungen, zugespitzt. Den Anlass hatte dabei die Entscheidung der kosovarischen Behörden gegeben, an den Grenzübergängen keine serbischen Dokumente mehr anzuerkennen. Serbische Nummernschilder sollten im Kosovo gar nicht mehr, serbische Ausweisdokumente nur in Verbindung mit einem kosovarischen Zusatzdokument gültig sein. Angehörige der im Norden des Kosovo angesiedelten serbischen Minderheit hatten daraufhin Straßenblockaden errichtet. Nach Angaben der Polizei in Pristina war es

vereinzelt zum Schusswaffengebrauch gekommen. Als offizielle Begründung für die Verwaltungsvorschrift wurde von Seiten der Behörden des Kosovo angeführt, dass es sich um eine Gegenmaßnahme handle, weil auch kosovarische Bürger schon seit längerem ein provisorisches Ausweisdokument bei der Einreise vorlegen mussten, da kosovarische Pässe von Serbien nicht anerkannt sind.

Bis heute verweigert Serbien – wie eine ganze Reihe von anderen Staaten – dem Kosovo, das 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, die Anerkennung. Die Nummernschildepisode vom vergangenen Juli 2022 zeigt in ihrer inneren Dynamik, wie schnell scheinbar zweitrangige Fragen ausreichen, um auf breiter Front Emotionen zu schüren, und wie schnell aus einer begrenzten nationalen Streitfrage ein internationales Problem erwachsen kann. Die jetzt erzielte Einigung zwischen Serbien und Kosovo auf der Grundlage des EU-Friedensplans darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Spannungen und grundlegenden Kontroversfragen noch nicht dauerhaft aufgelöst und Rückschläge nicht ausgeschlossen sind. Mit den jüngsten Zugeständnissen steigt deshalb auch die Wahrscheinlichkeit, dass Serbien machtpolitische Kompensationen in Bosnien-Herzegowina vornimmt.

Auch im Nachbarland Bosnien-Herzegowina war es im vergangenen Sommer immer wieder zu Massendemonstrationen des bosnischen Bevölkerungsteils gekommen, nachdem Pläne des Hohen Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft bekannt geworden waren, die Entsendemodalitäten für Delegierte in das „Haus der Völker“, eine der beiden Kammern des Abgeordnetenhauses, zu verändern. Die dann im Oktober auf Grund eines Dekrets des Hohen Repräsentanten vollzogene Änderung sieht vor, dass aus den föderativen Einheiten, in denen weniger als 3 Prozent der Mitglieder einer der anerkannten ethnischen Gruppen leben, künftig kein Vertreter dieser Gruppe mehr in das „Haus der Völker“ entsandt werden kann. Diese Änderungen wirken einer massiven Aushöhlung einer Repräsentation nach demokratischem Grundsatz durch eine Privilegierung von ethnischen Minderheiten (anhand einer überproportionalen Vertretung) entgegen und stärken die stark erschütterte Legitimation der Vertretungsorgane.

Mit dieser Verordnung hat der Hohe Repräsentant eine seit Jahren andauernde politische Blockade des Parlaments durch die HDZ (Partei Kroatische demokratische Gemeinschaft Bosnien und Herzegowinas), die sich im „Haus der Völker“ unzureichend repräsentiert fühlt, aufgelöst. Die Lage in Bosnien ist mit Blick auf den gesamten Balkan die instabilste, weil hier die Defizite aller unvollkommenen Ordnungsversuche und der politische Kampf und die Interessen ganz unterschiedlicher Spieler besonders ausgeprägt sind. Die Föderation trägt alle Züge eines politischen Kompromisses

Die Spannungen im Kosovo bleiben, trotz Einigung auf den Friedensplan.

der über zwanzig Jahre zurückliegenden Vereinbarung von Dayton, deren prekäres Gleichgewicht keine dauerhafte Stabilität gewährleisten kann. Mit dem Antritt von Christian Schmidt als Hohem Repräsentanten hat die Staatengemeinschaft ihren Gestaltungsanspruch bekräftigt und ist durch die Rückkehr zu einer aktiveren Politik derzeit dabei, Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren und die Grundlagen für ein glaubwürdiges Wahlsystem zu liefern.

**Montenegro hat
die Chance auf
Neuordnung und echte
Demokratisierung.**

In Montenegro wird gegenwärtig die politische Landschaft nach 30 Jahren der postjugoslawischen Verkrustung unter Milo Djukanovic neu justiert, und es besteht die Aussicht auf eine grundlegende Neuordnung und echte Demokratisierung des Landes. Auch die innenpolitischen Entwicklungen in Montenegro haben in den zurückliegenden Jahren wiederholt eine Anfälligkeit und ein Potenzial für Entwicklungen gezeigt, die von extremen Kräften bewusst zur Eskalation genutzt wurden und eine latente Gewaltbereitschaft bestätigt haben. Der Kirchenstreit in Montenegro zwischen der serbisch-orthodoxen Kirche und dem Befürworter einer eigenen montenegrinischen Kirche war im September 2021 eskaliert. Bei der Einsetzung des serbisch-orthodoxen Bischofs war es zu orchestrierten Gewalt-Krawallen gekommen. Am 9. Mai 2022 verkündete der Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., der bereits im Januar 2019 die Eigenständigkeit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche anerkannt hatte, die Rückkehr der mazedonischen Kirche in die Orthodoxie. Das Einlenken der serbischen Kirche zur Schaffung einer eigenen Kirche in Nordmazedonien ist zugleich auch ein wichtiges politisches Signal. Sie muss aber keine Präzedenzwirkung für den noch anhaltenden Kirchenstreit in Montenegro mit sich bringen, wo sich eine nationale Kirche vom serbischen Patriarchat abgespalten hat.

Zu den Charakteristika der Entwicklungen im Balkanraum zählen neben der erhöhten Gewaltbereitschaft und der damit verbundenen Eskalation von punktuellen Ereignissen die Verbindung von religiösen und ethnischen Fragen mit der Zustimmung zu staatlichen Autoritäten. Immer wieder kommt es dazu, dass das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt wird. Diese Konstellation bringt es mit sich, dass auch insbesondere externe Kräfte aus interessengeleitetem Kalkül die sich zuspitzenden Situationen weiter anheizen und daraus Profit ziehen möchten.

All diese Ereignisse unterstreichen – zusammengefasst – die Anfälligkeit der unter dem Begriff „Westbalkan“ zusammengefassten Staatengruppe für innenpolitisch begünstigte destabilisierende Entwicklungen, die jederzeit leicht in innerstaatliche Gewalt umschlagen können, und sie erklären das überragende Interesse der Staatengemeinschaft an Sicherheit und Stabilität für den Balkanraum. Denn im Westbalkan kreuzen sich unterschiedliche

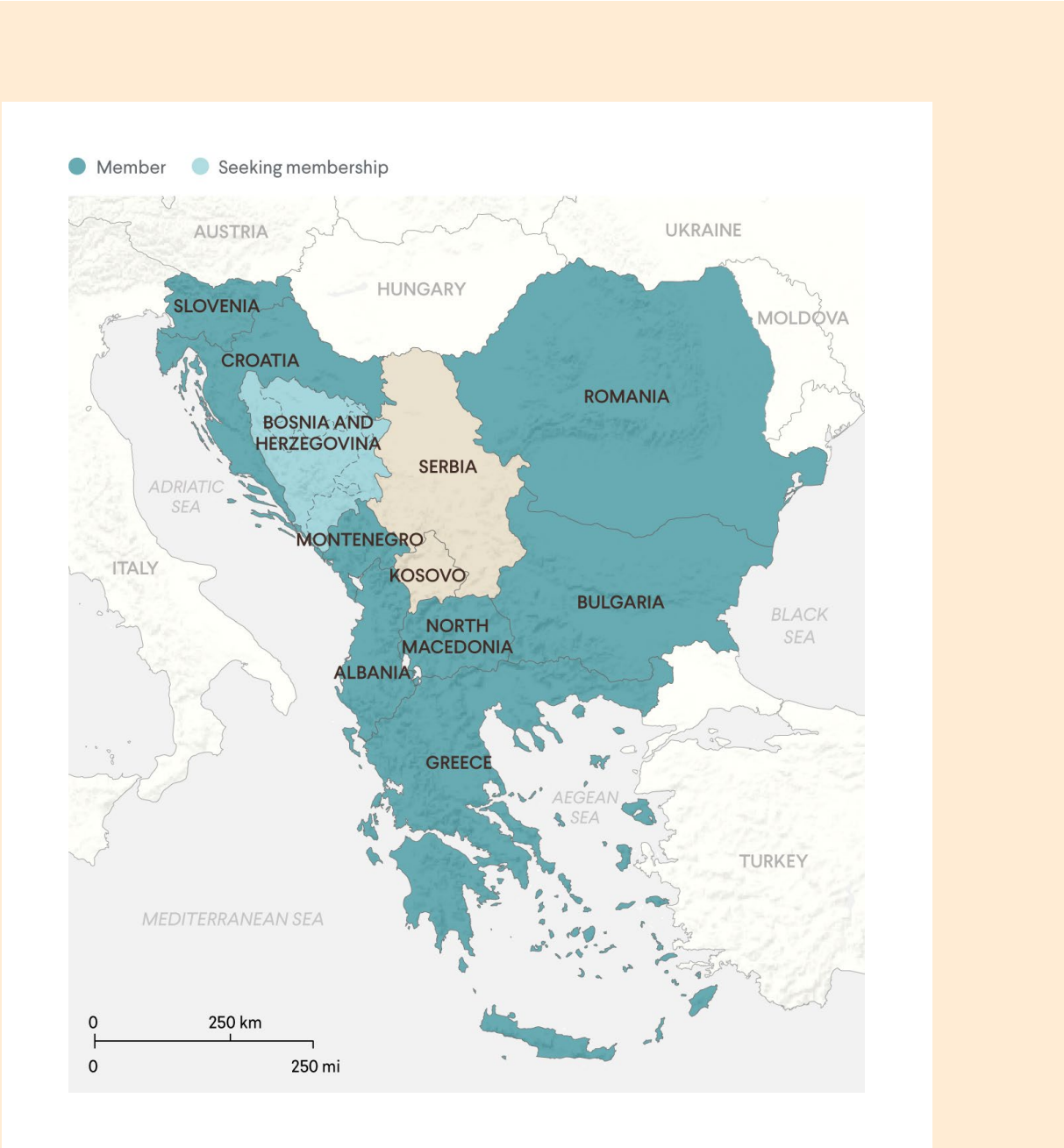
Einflusslinien. Die durch die russische Invasion in der Ukraine hervorgerufenen Machtverschiebungen hat das Power Play der Großmächte im Balkan noch sichtbarer gemacht. Hierauf muss auch die Beitritts- und Assoziationsstrategie der Europäischen Union reagieren.

Krisen sind in der Geschichte seit jeher große Beschleuniger von Konsolidierungs- oder Zerfallsprozessen gewesen. Die Implosion des kommunistischen Regimes hat im Jahr 1989 in Ostmittel- und Südosteuropa die territoriale Neuordnung katalysiert und den Zerfall Jugoslawiens in einem blutigen Bürgerkrieg beschleunigt. Nicht weniger dramatisch und grundlegend wird der vom russischen Präsidenten Vladimir Putin am 24. Februar 2022 ausgelöste Angriffskrieg auf die Ukraine die europäische Ordnung verändern. Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat sich Europas strategische Lage fundamental gewandelt. Die von den Umbrüchen 1989/90 übrig gebliebenen Ordnungsprobleme auf den Balkan stellen sich damit auf besonders drängende Weise. Die Europäische Union hat die veränderte geopolitische Lage im Strategischen Kompass, der im März 2022 angenommen wurde, ausdrücklich anerkannt: „Russlands Angriffskrieg bedeutet eine tektonische Verschiebung in der Geschichte Europas.“⁷

Zugleich leiten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union daraus zutreffend Folgerungen ab, die insbesondere für die Balkanstaaten unmittelbare Auswirkungen haben. „Eine stärkere und fähigere EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung wird einen positiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten und bildet eine Ergänzung zur NATO, die für ihre Mitglieder das Fundament der kollektiven Verteidigung bleibt. [...] Die europäische Sicherheit ist unteilbar, und jede Anfechtung der europäischen Sicherheitsordnung beeinträchtigt die Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten.“⁸

**Die gegenwärtige
Krise wird zu einer
Neuordnung
Europas führen.**

Abbildung 2: Welche Balkan-Staaten sind in der NATO?



Quelle: Council on Foreign Relations

Das Bekenntnis zur Unteilbarkeit der europäischen Sicherheit bildet den Angelpunkt und Anspruchsrahmen für die Lösung der Sicherheitsfragen auf dem Balkan. Die Gesamtsicherheitslage präsentiert sich heute in keinem günstigen Licht. Auf dem westlichen Balkan haben sich die sicherheitspolitischen Krisen in den beiden zurückliegenden Jahren deutlich verstärkt. Serbiens politische Orientierung ist durch die von Putin ausgelöste tektonische Verschiebung in ihrer politischen Bedeutung zur europäischen Schlüsselfrage geworden. Die Situation in Bosnien-Herzegowina bleibt vor diesem Hintergrund ein zentrales Problem, weil noch immer das aus drei Teilen zusammengesetzte Gebilde an internationaler Steuerung hängt und so ein gutes Stück entfernt von selbsttragender Stabilität ist.

Der Hohe Repräsentant Christian Schmidt hat bereits in seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat im Oktober 2021 festgehalten, dass die Lage des Landes so kritisch wie noch nie seit Ende des Krieges gewesen sei.⁹ Die Führung der Republika Srpska hatte wiederholt angekündigt, sich aus den gesamtstaatlichen Institutionen zurückziehen und eigene Streitkräfte aufstellen zu wollen.¹⁰ Die Verharmlosung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder die Glorifizierung von Kriegsverbrechern zeigen trotz eines vom Hohen Repräsentanten verschärften Strafrechts, wie wenig verheilt die Wunden des Krieges sind. Nach Jahren des politischen Stillstands droht Bosnien-Herzegowina heute auseinanderzufallen. Die von außen geförderten Fliehkräfte haben das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Hinter dem Dayton-Abkommen (1995) stand der an sich plausible Plan, das Land in zwei Teile mit Sarajewo als ungeteilter Hauptstadt in einem komplizierten politischen Regelwerk aufzuteilen und zugleich den Weg zu demokratischer Konsolidierung aufzuzeigen. Dem Vertragswerk von Dayton lag die Annahme zugrunde, dass sich die drei bestimmenden ethnischen Gruppen durch ein auf Ausgleich bedachtes System mit einer überproportionalen Repräsentation von lokalen und regionalen Minderheiten in einen gemeinsamen Staat integrieren lassen.

Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Dies liegt einmal an den von regionalen nationalen Mehrheitsverhältnissen abstrahierenden Strukturen von Dayton und zu anderen an der integrationsfeindlichen Interessensverfolgung wesentlicher politischer Kräfte. Hinzu kommt, dass die Rückbindung einzelner Bevölkerungsteile an Nachbarstaaten (Serbien und das den Zugang zur EU-Freizügigkeit vermittelnde Kroatien) sowie die internationale Präsenz dem „Zwang zur Einheit“ entgegenwirken. Eine verbreitete Apologetik sperrt den Weg zu einer inneren Aufarbeitung von Verbrechen und damit einer nationalen Versöhnung. All dies vereitelt ein notwendiges „Staatsbewusstsein“.

Bosnien-Herzegowina droht nach Jahren des Stillstands auseinanderzubrechen.

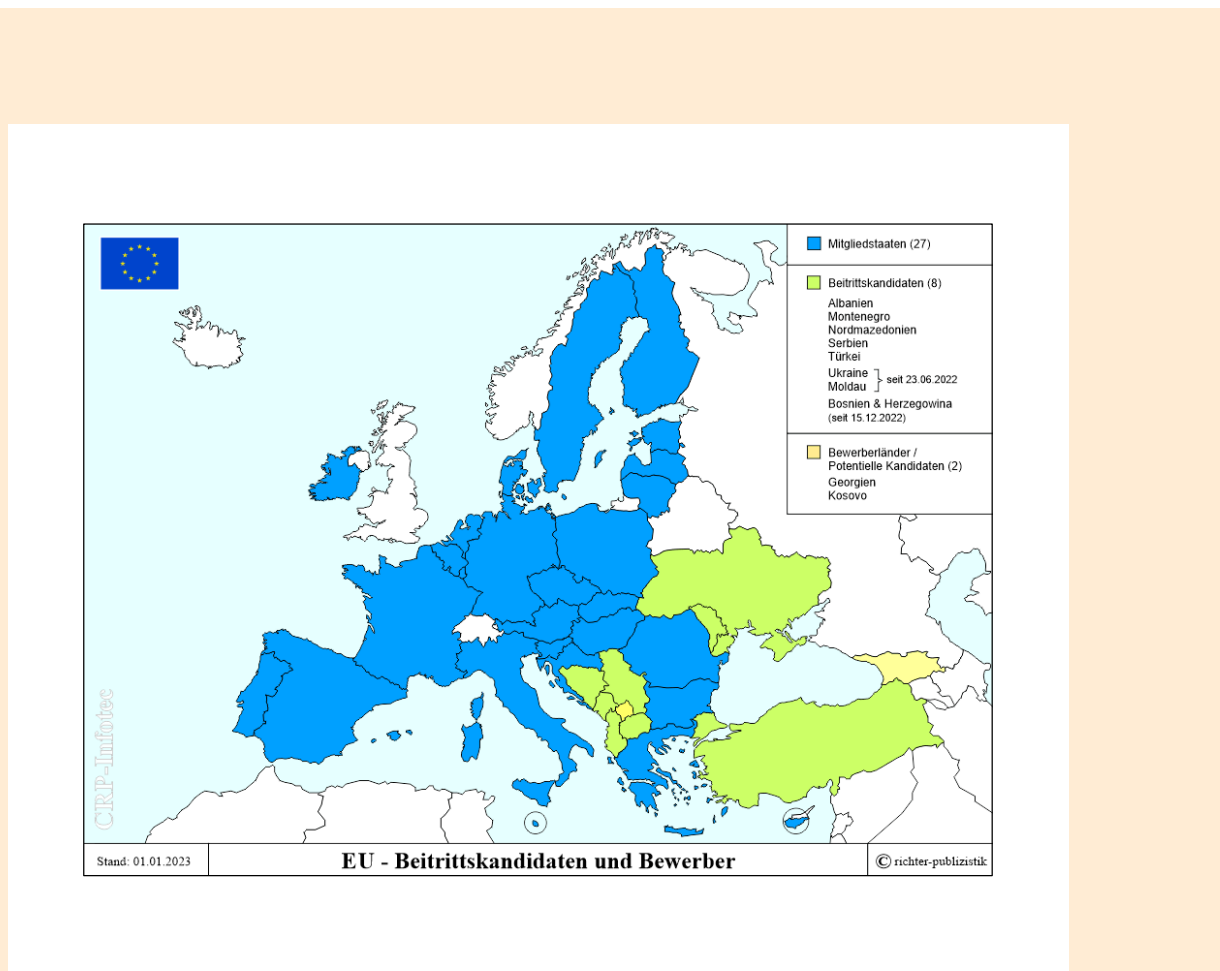
Die gegenwärtige politische Krise in Bosnien-Herzegowina kann nur dann überwunden werden, wenn es der internationalen Gemeinschaft gelingt, eine politische Agenda zu entwickeln, die die Fehler von Dayton und der Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre korrigiert. Allein mit der Botschaft „Engagiert euch stärker“ wird dies nicht gelingen. Das EU-Mitglied Kroatien ist in seiner innenpolitischen Entwicklung ebenso wie in seiner außen- und europapolitischen Orientierung auf vielfache Weise mit den Problemen und Perspektiven der Staatengruppe des Westbalkans verwoben und versucht, auf unterschiedliche Weise insbesondere die Entwicklung Bosnien-Herzegowinas zu beeinflussen.

Die EU zeigt sich als schwache Ordnungsmacht im Westbalkan.

Die in ihren Auswirkungen unterschiedlichen, in ihrer Kumulation aber den allgemeinen Trend zu den die Probleme des Westbalkans verstärkenden Einzelentwicklungen zeigen insbesondere die Schwäche der Europäischen Union als Ordnungsmacht. Der wirtschaftliche Anreiz allein, Mitglied der Europäischen Union zu werden, reicht heute nicht mehr aus, um die angestrebte politische Stabilisierung herbeizuführen. Noch immer strahlen ältere Ordnungsvorstellungen wie die Konzepte von Großalbanien und Großserbien in der Region. Gerade in Bosnien mit einer großen serbischen Minderheit und in Nordmazedonien mit einer starken albanischen Minderheit gehen von diesen Konzeptionen massive Bedrohungen für eine Befriedung der bestehenden territorialen Ordnung aus.

Die harte Analyse, zu der Andreas Ernst vor einiger Zeit gelangt war, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den sechs Ländern des Westbalkans „zutiefst unehrlich“ geworden seien und die „Hauptschuld an dem Zerwürfnis die EU trage“, resümiert in großer Klarheit Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre, für die vor allem die Europäischen Union Verantwortung trägt (auch wenn diese Sicht etwas einseitig sein mag und die Verantwortlichkeit anderer Akteure in den Hintergrund treten lässt).¹¹

Abbildung 3: Welche Balkan-Staaten sind in der EU?



Quelle: richter-publizistik

**Die Verleihung des
Beitrittskandidaten-
Status 2022 ist
eine echte Chance
für die Region.**

Mit dem Entschluss zur Verleihung des Beitrittskandidaten-Status an die Staaten des Westbalkans besteht nun die Chance für die Europäische Union, verlorenen Boden wiedergutzumachen und in einer Region, die ins Visier der Weltpolitik zurückgekehrt ist, zu zeigen, dass sie ihrem im strategischen Kompass formulierten geopolitischen Anspruch auch in der Praxis gerecht werden kann. Denn die Lösung der Balkanfragen ist durch die tektonischen Veränderungen des Jahres 2022 zu einer politischen Ordnungsaufgabe ersten Ranges für die Staatengemeinschaft geworden. Dabei sei dahingestellt, ob eine verlässliche Beitrittsperspektive wirklich der Königsweg zur Stabilisierung dieser Region darstellt und ob die Europäische Union nicht auch über neue und dauerhafte Assoziationsmechanismen diesem geostrategischen Ziel nahekomen kann.

Gegenstand der Untersuchung ist es aufzuzeigen, inwieweit die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen die Lösungssuche beeinflussen, wie sich die Interessen der regionalen Mächte und der internationalen Gestaltungsmächte verändern und welche Folgerungen daraus für eine politische Lösungssuche zu ziehen sind.

Die Studie verbindet dabei konsequent eine machtpolitische Analyse des Kalküls der einzelnen beteiligten Staaten, sie bezieht die Entwicklung der internationalen Organisationen und supranationalen Gemeinschaften mit ein und sie arbeitet am Ende konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik heraus. Den Ausgangspunkt für die Analyse bildet dabei die Feststellung, dass die sich mit den zunehmenden Machtrivalitäten manifestierende Krise der alten Ordnung zum Anbruch eines neuen Zeitalters der Konfrontation geführt hat. An diese Krise knüpft sich insbesondere in Europa auf absehbare Zeit eine konfrontative Sicherheitsordnung. Dabei werden sich zuvörderst die inneren Gewichte in Europa verschieben. Die Fragen von Sicherheit und Stabilität für Gesamteuropa werden künftig, weit mehr als bisher, ganz wesentlich von der Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses, von der Befähigung der Europäischen Union, sich als sicherheitspolitischer Akteur positionieren zu können, von der Einhegung Russlands und von der Lösung der innereuropäischen Konflikte abhängen.

Dieses Szenario bringt es mit sich, dass sich die Konfliktlinien und Interessenlagen der einzelnen Spieler auf dem Balkan weiter verschieben werden. Es ist davon auszugehen, dass sich Russland vor dem Hintergrund der zunehmenden Konfrontation einflusspolitisch auf dem Balkan weiter zu behaupten versucht, insbesondere seine historisch gewachsenen Beziehungen nach Serbien dabei nutzen wird, um Einfluss zu nehmen, und auch darauf zielt, Zwist in die westliche Gemeinschaft hineinzutragen.

Die mit den gegenwärtigen Herausforderungen der Balkanstaaten verbundenen Probleme sind deshalb vorrangig im Zusammenhang zu betrachten, weil die übergeordneten Fragestellungen miteinander aufs engste verbunden sind. Hierunter zählen die Einhegung Russlands, das überragende Interesse der Vereinigten Staaten mit ihren Militärbasen und der Beteiligung an internationalen Missionen, die ausgreifenden türkischen Ambitionen auf der Grundlage eines Neo-Osmanismus als Gegennarrativ zur EU-Integration und die Interessen der Europäischen Union, um durch den wachsenden Wohlstand und die Beförderung von europäischen Werten die Balkanstaaten auf ihrem Weg in die euro-atlantischen Strukturen zu unterstützen.

Gefährdungen und Chancen liegen dabei eng beieinander. Die besonderen Gefährdungen erwachsen aus dem – abhängig vom Ausgang des Ukraine-Krieges – Störpotenzial Russlands, seiner auf Überwindung des Status quo gerichteten, im Grunde destruktiven Politik, die insbesondere darauf zielt, den Einfluss der Vereinigten Staaten in Europa zurückzudrängen und Streit in die Reihen der führenden EU-Mitgliedsstaaten zu tragen. Weiteres Störpotenzial ergibt sich aus den ebenfalls nicht verlässlich kalkulierbaren Ambitionen der Türkei, die aus einflusspolitischen Gründen den Balkan als operatives Feld für die Verfolgung eigener strategischer Interessen zu nutzen versucht.

Mit der sich verändernden strategischen Lage auf dem Balkan erhöht sich zugleich der Handlungsdruck auf die beteiligten Staaten, die unvollendeten Aufgaben der Friedensvereinbarung von Dayton in den Griff zu bekommen. Entscheidend ist, wie in den 1990er-Jahren essenzielle Impulse für die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union vom Jugoslawienkrieg ausgegangen sind und die Europäische Union ebenso wie die internationale Gemeinschaft bei Fragen des zivilen Wiederaufbaus, der Stärkung des Völkerstrafrechts und im internationalen Konfliktmanagement seitdem grundlegend vorangekommen sind. Denn so bildet heute die Lösung der mit dem Balkan verbundenen Ordnungsaufgaben einen wesentlichen Test für die atlantische Gemeinschaft auf dem Weg zu neuer Wirksamkeit und für die Europäische Union bei der Stärkung ihrer internationalen Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz.

**Die Fehler von
Dayton wirken bis
heute nach.**

Der strategische Rahmen

Im Balkanraum ist die EU in mehrfacher Hinsicht gefordert.

Die Europäische Union ist mit Blick auf den Balkanraum auf mehrfache Weise gefordert. Der amerikanische Druck, die bedrohten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, die heute noch nicht Teil der Union sind, rasch aufzunehmen, könnte dazu führen, dass die bisherigen bürokratischen Spielregeln von Erweiterungsprozessen in großem Teilen neu definiert werden müssen. Dies hat Rückwirkungen auf die innere Kohärenz der Union selbst. Das Verhältnis zwischen Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz wird sich weiter intensivieren und nach neuen operationellen Regelungen ausrichten. Das neue Strategische Konzept der Nordatlantischen Allianz, das im Juni 2022 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde, gibt dazu den Rahmen vor.¹²

Die Frage der Wehrhaftigkeit der Nationalstaaten stellt sich heute in ganz neuem Licht. Innere und äußere Sicherheit müssen noch stärker als zusammenhängendes Ganzes gedacht und strategisch umgesetzt werden. Die Gewährleistung von Sicherheit, der Schutz der Bürger, die Garantie der territorialen Unversehrtheit und die Fähigkeit, Landesverteidigung als Bündnisverteidigung sicherzustellen, werden wesentlichen Anpassungen unterworfen sein. Je mehr Europa in seinem Inneren gespalten ist, desto mehr läuft es Gefahr, zum Spielball fremder Mächte zu werden. Der Ukrainekrieg hat der Europäischen Union zu einer großen Demonstration der Einigkeit und Entschlossenheit verholfen. Kleinliches Gezänk und punktuelle Vorteile für einzelne Mitgliedsstaaten wurden zurückgestellt und die Europäische Union ist in ihren Sanktionspaketen sowie in ihrer politischen Rhetorik einmütig der russischen Aggression entgegengetreten.

Wieder einmal hat Europa unter dem äußeren Druck des Schicksals jedenfalls zunächst zu einer gemeinsamen Linie gefunden. Es ist zu wünschen, dass diese Einmütigkeit und Entschlossenheit auf längere Zeit anhalten möge, damit sich Europa endlich zu der politischen Gestaltungsmacht mausert, die es in seinen Reden und öffentlichen Erklärungen immer wieder beansprucht.

Die gegenwärtige Krise lenkt vor allem den Blick auf die machtpolitische Asymmetrie zwischen Europa und Amerika. Diese Asymmetrie ist zunächst nichts grundlegend Neues. Sie war in der Ordnung von Jalta und Potsdam angelegt und hat auch in den ersten zwanzig Jahren nach dem Fall der Mauer fortbestanden, als sich die Vereinigten Staaten von Amerika nach Proklamation der „Neuen Weltordnung“ in der Tat von 1990 bis etwa 2006

auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung befanden. Es ist deshalb nicht überraschend, dass sich die gegenwärtige Krise Europas vor allem als innere Krise manifestiert: mangelnde innere Geschlossenheit, fehlende Zielorientierung und Defizite beim Instrumentarium. Und zugleich ist die Krise Teil einer tiefgreifenden Transformation des internationalen Systems, die auch die Grundlagen unserer westlichen Demokratien berührt. Die amerikanische Hegemonie befindet sich heute im Niedergang, Chinas machtpolitischer Aufstieg ist nicht nur eine wirtschaftliche Bedrohung, sondern auch eine sicherheitspolitische. Die Globalisierung setzt den Rahmen. Das Ineinandergreifen von Finanz-, Wirtschafts- und Migrationskrise und die Belastungen der internationalen Ordnung durch Terrorismus und anarchische Tendenzen wirken dabei gegenseitig krisenverstärkend.

Das Ringen um ein Gleichgewicht der Mächte ist heute mehr und mehr auch zu einer Auseinandersetzung der Systeme geworden. Zugleich nehmen die Erosionserscheinungen innerhalb der demokratischen Systeme zu. Die Versuchung des Autoritären hat in Europa seit einigen Jahren Konjunktur und steht, wie Anne Applebaum konstatiert hat, in wesentlichem Zusammenhang mit einem Illiberalismus, der sich insbesondere der medialen Instrumente der Globalisierung bedient und zugleich Stimmungen der Unzufriedenheit nährt.¹³ Die Brüchigkeit der freiheitlichen Ordnung hat sich in der Geschichte immer dann besonders deutlich manifestiert, wenn Bindungen nachlassen und der Zusammenhalt schwindet. Die Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher und autoritärer Ordnung ist dabei nichts grundlegend Neues in der Geschichte.

Die nach dem Ende des Kalten Krieges errichtete Machtposition der Vereinigten Staaten wird gegenwärtig durch eine Reihe von globalen, technologischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in Frage gestellt, was die Diskussion über die strategischen Anpassungen der Vereinigten Staaten und das Ausmaß des weltweiten strategischen Rückzugs Amerikas weiter befördern wird. Dies wird insbesondere bei zwei Themenbereichen deutlich, die mit nuklearen Ambitionen zusammenhängen, von denen unmittelbare Bedrohungen für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden ausgehen.

Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion und asiatische Flankenmacht ist der große geopolitische Verlierer des Zusammenbruchs der Ordnung von Jalta und Potsdam im Jahr 1989/90 gewesen. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Präsident Putin nicht nur millionenfaches Leid hervorgerufen, er hat Russland in seinen Bemühungen um einen gleichgewichtigen Part im Konzert der Nationen und seine Stellung in der Staatenwelt auf absehbare Zeit zurückgeworfen und mit der schweren moralischen Bürde

Zunehmende Macht-rivalitäten sind heute auch systemische Auseinandersetzungen.

**Das strategisch
geschwächte Russland
ist ein unberechen-
barer Machtfaktor.**

der Schuld an einem Angriffskrieg versehen, aus dem das Land als deklassierte Macht hervorgeht und sich auf absehbare Zeit als Juniorpartner in die Abhängigkeit von China begeben hat. Doch wäre es verfehlt, Russlands Abstieg und seine heutigen und künftigen Probleme mit der Prognose anhaltender Schwäche und politischer Verzweigung als „Regionalmacht“ (Barack Obama) gleichzusetzen oder gar das Land als „gas station masquerading as a country“ (John McCain) herabzuwürdigen.¹⁴

Die Russische Föderation wird auch in Zukunft ein globaler Machtfaktor bleiben. Sie wird immer noch mit der westlichen Staatenwelt wesentliche geopolitische Interessen teilen wie etwa den Kampf gegen bestimmte Ausprägungen des Internationalismus oder des aggressiven Islamismus, aber auf absehbare Zeit in seinem politisch-strategischen Manövrierraum eingeschränkt sein.

Für Russlands Rolle auf dem Balkan bedeutet dies, dass das politische Gewicht insgesamt reduziert, die diplomatischen Spielräume verkleinert, zugleich aber die Unberechenbarkeit der russischen Politik erhöht und die Interventionsbereitschaft gesteigert worden ist. Grund dafür ist, dass die Angewiesenheit auf kompensatorische politische Erfolge im zunehmend auf Konkurrenz ausgerichteten Handeln gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten in der Nordatlantischen Allianz in dem Maße gestiegen ist, wie Russland durch die ausgebliebenen militärischen Erfolge und die zunehmende Ächtung in diplomatischen Zugzwang geraten ist. Die veränderte Rolle Russlands ist zugleich Ursache und Auslöser von anhaltenden Machtverschiebungen, die am Ende zu einer neuen Machtbalance auf dem Balkan führen und die Frage der Aufnahme der Staaten des Westbalkans in die euro-atlantischen Strukturen in einem neuen Licht präsentieren.

Der sich schon seit geraumer Zeit vollziehende Rückfall Russlands in autoritäre Verhaltensweisen und die damit verbundene sicherheitspolitische Bedrohung seiner europäischen und südlichen Nachbarn ist durch den Angriff auf die Ukraine zur sichtbarsten und drängendsten Gefährdung des internationalen Systems geworden. Die revisionistischen Tendenzen in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik sind im Westen lange Zeit ebenso unterschätzt worden, wie Präsident Putin als rationaler, bisweilen sogar berechenbarer und verlässlicher Akteur missverstanden wurde. Inzwischen hat Putin die Maske fallen gelassen und an die aggressivsten dunkelsten Traditionen seiner stalinistischen und kommunistischen Vorgänger in den kältesten Zeiten des Kalten Krieges angeknüpft. Russland unter Putin tritt damit heute erkennbar in einer in Stil, Methode und geopolitischen Zielsetzungen großen Kontinuität zur Sowjetunion in der internationalen Staatenwelt auf. Russland hat nicht nur als Nuklearmacht und als Ständiges Mitglied

des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die unmittelbare Nachfolge der 1991 aufgelösten Sowjetunion angetreten, es versteht sich bis heute in seinem außenpolitischen Rollenverhalten und in seinen geopolitischen Ambitionen als legitimer Erbe des Riesenreiches.

Das Denken in Kategorien der Großmachtpolitik hat für die russische Politik eine lange Tradition. Schon in den 1930er-Jahren hatte der damalige sowjetische Außenminister Maxim Litwinow den Anspruch auf Großmacht und Ebenbürtigkeit mit den Worten begründet, dass die Sowjetunion ein Recht darauf beanspruche, als eine Großmacht behandelt zu werden und nicht wie das leichtgewichtige Mexiko.¹⁵ Die Kontinuitätslinien reichen dabei insbesondere von der sowjetischen Außenpolitik in den postsowjetischen Zeitraum, der sich nach der Auflösung des Riesenreiches bis in unsere Gegenwart erstreckt.

Zu den besonderen Charakteristika russischer Großmachtpolitik zählt eine Betonung der militärischen Machtmittel und die Allianz mit einem sich über den historischen Wandel erhaltenen ausgeprägten Nationalbewusstsein, das bisweilen in seine übersteigerte Form, den Nationalismus, umschlagen kann. Schon in den 1980er-Jahren hatte ein neuer russischer Nationalismus eingesetzt, der sich als nationalrussische Dissidenz gegen die Sowjetunion verstand. Russlands Hypotheken aus der imperialen Vergangenheit aus der Sowjetunion wirken bis heute nach. Der Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 hat die politische Instabilität und die in jenen Jahren einsetzenden Grenzstreitigkeiten, die bis heute die internationale Agenda mitbestimmen, vorweggenommen. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten war dabei nie mehr als ein loser Verbund eines auseinanderstrebenden Staatenkonglomerats. Der Umstand, dass die Nachfolge der Sowjetunion unumstritten bei Russland landete, zeigte einerseits, wie erfolgreich die Machtübertragung von der Sowjetunion auf den Nachfolgestaat gelungen war, vergrößerte jedoch das aus der Zurücksetzung erwachsene Machtproblem der anderen Nachfolgestaaten.

Zum geopolitischen Erbe Russlands aus der sowjetischen Vergangenheit gehörte auch die allmähliche Rücknahme der international exponierten Positionen der Sowjetunion, die von Afghanistan über Äthiopien, Mosambik und Angola bis nach Lateinamerika gereicht haben. Der Vorrang, den die Sowjetarmee mit ihrer militärischen Technik und als Adressat der Rüstungsindustrie genoss, auch im Vergleich mit allen anderen staatlichen Organisationen, erwies sich für Russland oft auch als Hypothek. Mit dem Zerfall des Imperiums ging das letzte Kolonialreich der Welt zugrunde, und die größte Militärmacht musste sich in eine Phase der Desorganisation begeben.

Mit dem Zerfall des Imperiums der Sowjetunion ging das letzte Kolonialreich zugrunde.

**Russlands Außenpolitik
ist seit jeher vom
Denken in Einfluss-
zonen bestimmt.**

Russlands Weltmachtstellung im 20. Jahrhundert war ganz wesentlich seiner militärischen Macht geschuldet. Die russische Diplomatie hat sowohl in den Zeiten der Sowjetunion als auch in der Periode nach deren Zerfall an dem Missverhältnis zwischen militärischen Machtmitteln und der Abwesenheit einer – wie im Falle Großbritanniens oder Frankreichs – in Jahrhunderten verwendeten diplomatischen Tradition gelitten. Auf den Bühnen der internationalen Diplomatie – im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, im NATO-Russland-Rat, bei der OSZE in den Abrüstungsverhandlungen und nicht zuletzt auch in den bilateralen Beziehungen – hat die russische Außenpolitik deshalb immer wieder versucht, die Trümpfe militärischer Stärke zu ziehen, wie sie etwa mit der Androhung militärischer Gewalt verbunden sind.

Dies erklärt die politisch-diplomatische Fokussierung auf die Osterweiterung der Nordatlantischen Allianz, die mit den amerikanischen Bemühungen um die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO im Jahr 2008 einen Punkt erreicht hatte, der auf russischer Seite als rote Linie betrachtet wurde, ebenso wie das Verhalten Putins im Nahen Osten in den vergangenen 20 Jahren.

Die Fähigkeit, den Vorhof der Sowjetunion durch den Warschauer Pakt militärisch zu beherrschen und jeder fremden Macht dort einen dauerhaften politischen Einfluss zu verwehren, wäre ohne das Droh- und Eingriffspotenzial der militärischen Machtmittel der Sowjetunion nicht denkbar gewesen. Was im Kalten Krieg als Erfolgsrezept der „eisernen Knute“ angesehen werden kann, erwies sich im Jahrzehnt der Auflösung der Blöcke und der demokratischen Revolution in Osteuropa in den 1980er-Jahren als Fiasko. Die mit diesem politischen Zugang verbundenen Denkmuster haben die russische Außen- und Sicherheitspolitik nachhaltig geprägt, und auch die Fokussierung Putins auf Russland als Militärmacht und die skrupellose Verfolgung geopolitischer Ziele zur Vergrößerung seines Imperiums sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Die Türkei ist durch die geopolitische Verschiebung infolge der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 in eine neue strategische Lage zwischen Ost und West versetzt worden, und dies hat ihr einen beträchtlichen außenpolitischen Bedeutungszuwachs beschert. Dadurch haben sich für die Türkei eine Reihe bilateraler außenpolitischer Optionen, neue Partnerschaften und Allianzen sowie eine veränderte Rolle in den Foren und Institutionen der internationalen Politik ergeben. Insbesondere in den Vereinten Nationen und in der Nordatlantischen Allianz nimmt die Türkei heute eine deutlich prononciertere Position ein, die je nach Standpunkt als konturiert oder als unberechenbar-unsolidarisch wahrgenommen wird. Die türkische Staatsführung hat dabei die mit der neuen strategischen Lage verbundenen Mög-

lichkeiten konsequent genutzt und insbesondere eine große Fähigkeit zu taktischem Finassieren mit abrupten Allianzwechseln und offen ausgetragenen Disputen bis hin zu militärischen Drohungen – auch mit engen Verbündeten und im Rahmen von Bündnissen – bewiesen.

Die Dynamik der türkischen Außenpolitik beruht dabei auf dem kausalen Zusammenhang zwischen innenpolitischem Staatsumbau und geopolitischer Neupositionierung. Dabei spielt das Verhältnis der Türkei zum politischen Islam, wie es sich in den regionalpolitischen Ambitionen im Nahen und Mittleren Osten und in Zentralasien äußert, eine besondere Rolle. Gemäß der geostrategischen Lage der Türkei und den nationalen Interessen vollzieht sich diese Neupositionierung insbesondere mit Blick auf den Balkanraum, den Nahen Osten und den Kaukasus, auf den Schwarzmeerraum, das östliche Mittelmeer, die Golfregion und das Kaspische Meer. Die Türkei berücksichtigt aber zunehmend auch ihre Rolle in Afrika und Zentralasien – allesamt ihrerseits Regionen, in denen eine neue strategische Positionierung der Türkei mit Konsequenzen für die Rolle des Landes in der Nordatlantischen Allianz verbunden ist. Der graduelle weltpolitische Rückzug der Vereinigten Staaten, die zunehmende Systemkonkurrenz und Multipolarität in einer postamerikanischen Welt haben dabei die türkische Neupositionierung begünstigt.

Die türkische Außenpolitik wird geprägt durch innenpolitischen Staatsumbau und geopolitische Neupositionierung.

In den letzten Jahren ist das strategische Interesse der arabischen Staaten am Balkanraum deutlich gestiegen. Dieses strategische Interesse hat neben der langfristigen einflusspolitischen Zielsetzung immer auch eine wirtschaftliche Komponente. Dabei sind mehrere Staaten im Fokus der arabischen Investoren. Bosnien-Herzegowina hat dabei besonders Investoren aus Saudi-Arabien in den Blick genommen, Serbien liegt im Fokus der Vereinigten Arabischen Emirate. Die Fluggesellschaft Etihad hält 49 Prozent der Anteile an Air Serbia. Seit 2013 wurden knapp 400 Millionen Euro aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in Belgrad investiert. So wie für Sarajevo Direktflüge nach Abu Dhabi selbstverständlich sind, verkehren arabische Linienmaschinen beinahe täglich von Sarajevo nach Bahrein, Dubai und Kuwait. Die Zahl der arabischen Touristen in Bosnien ist seit der Aufhebung des Visumszwangs für Bahrein, Katar, Kuwait, Oman und die Emirate sprunghaft gestiegen und hat die Stärke der bis dahin führenden türkischen Touristen abgelöst.

Wie sehr sich Wirtschaftsinteressen mit einflusspolitischen Überlegungen verbinden, zeigt sich am Beispiel der Investition der Vereinigten Arabischen Emirate in der serbischen Rüstungsindustrie, wo das traditionell starke Know-how Serbiens bei Klein- und Jagdwaffen im Visier der Unternehmer aus Abu Dhabi steht. Auch Saudi-Arabien hat mittlerweile Investitionen in die serbische Infrastruktur in den Investitionsplan 2030 aufgenommen.

Sollten die vielfältigen Investitionen und Darlehen in den kommenden Jahren ihre volle Wirkungsmacht entfalten, so würde dies als Folge des immer stärker zutage tretenden Konflikts um Einfluss zwischen den Arabischen Staaten und der Türkei zu einer Gewichtsverschiebung führen. Darüber hinaus würden die damit deutlicher hervortretenden wirtschaftlichen und strategischen Allianzen eine weitere Abkoppelung des Balkanraums von der west- und damit kerneuropäischen Staatengruppe bedeuten.

Chinas Aufstieg zur Weltmacht hat sich über einen Zeitraum von über 40 Jahren vollzogen. Als Deng Xiaoping im Jahr 1978 mit den Reformen begann, hatte er seinem Land und seiner Partei eine klare Priorisierung zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung als vorrangigem Ziel vor dem Ausbau militärischer Stärke verordnet. Es entspricht der Logik dieses langfristig angelegten strategischen Ziels, dass heute, wo China zur größten Volkswirtschaft der Welt und zur zweiten hoch technologisierten Macht avanciert ist, sich für die Staatenwelt und damit auch für die europäischen Staaten das Verhältnis zu China auf eine neue, alle Bereiche der Diplomatie, Militärstrategie und wirtschaftlichen Zusammenarbeit umfassende Basis stellt.

Das chinesische Selbstbewusstsein ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig und spürbar gewachsen. Die fortgesetzten militärischen Einschüchterungsversuche und Drohungen gegen Taiwan, die systematische Obstruktion von Demokratisierungstendenzen in Hong Kong oder die flagranten Verletzungen der Menschenrechte der uigurischen Minderheit in Xinjiang stehen für eine zunehmend oppressive Politik, die auch Sanktionen der Staatengemeinschaft bei der Durchsetzung nationaler Interessen hinnimmt. Das Grundproblem, dass der Aufbau einer Marktwirtschaft und Informationsgesellschaft ohne einen Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung vollzogen wurde und die Auflösung bestehender Ordnungen zu Orientierungsverlusten und wachsender Ungleichheit geführt haben, bleibt indes offen bestehen.

Chinas Aufstieg führt zu zunehmender Konkurrenz und Konfrontation.

Chinas Aufstieg ist eine der Ursachen der globalen Machtumverteilung und einer der treibenden Faktoren der Zunahme der Konfrontation in der Gegenwart. So unterstützt China etwa die konventionelle und nukleare Ausrüstung Pakistans technologisch und verbindet in Afrika, Zentralasien und zunehmend in Lateinamerika wirtschaftspolitische Präsenz umfassend mit strategischen einflusspolitischen Interessen. China baut seinen weltweiten Einfluss schrittweise aus. Seit Jahren betreibt es die Öffnung Zentralasiens durch den Bau von Verkehrsinfrastruktur zwischen Ost und West mit den Durchgangszielen Iran und Pakistan zum Indischen Ozean. Übergeordnetes Ziel ist eine infrastrukturelle Verbindung zwischen der Golfregion, der

kaspischen Region, China und dem indischen Subkontinent. China konkurriert mit Amerika und Europa unmittelbar bei neuen Technologien und versteht sich in wirtschaftspolitischen und auch in militärstrategischen Fragen als Rivale der Vereinigten Staaten sowie deren Partner in verschiedenen Regionen.¹⁶

Zugleich schwächt China die westliche Praxis nicht-konditionierter Staatenfinanzierung und mindert durch Investitionen in Infrastrukturen oder Rohstoffgewinnung den Einfluss deutscher und europäischer Entwicklungspolitik, soweit diese mit Good Governance, sozialen und ökologischen Standards verknüpft wird. Mit seiner Politik der konditionsfreien wirtschaftlichen Unterstützung und Kreditvergabe schafft es bereits sichtbare, dauerhafte Abhängigkeiten in Afrika und anderswo.

Abbildung 4: Politische Einflussnahme von Russland und China in Mittel- und Südosteuropa

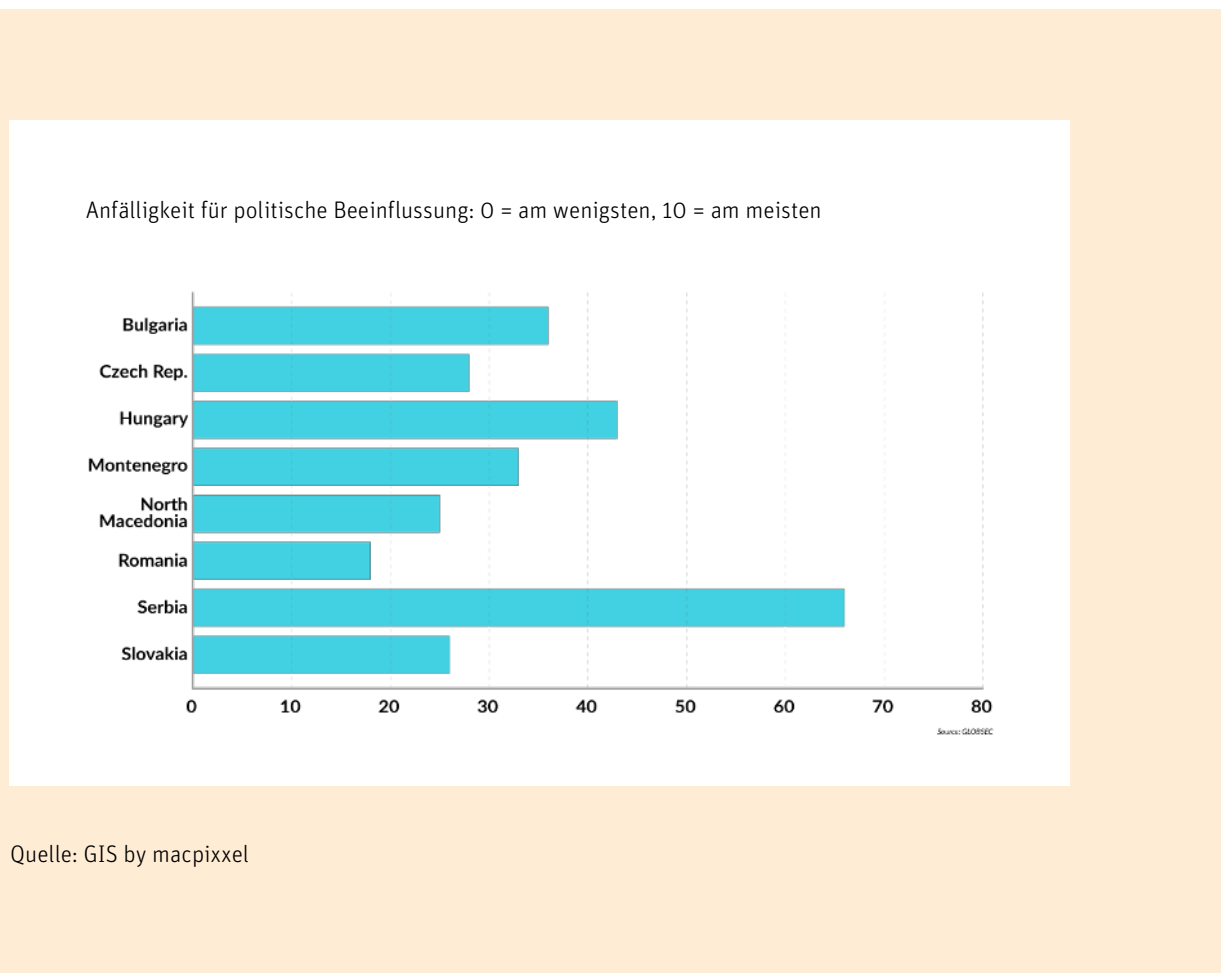


Abbildung 5: Verkehrsinfrastruktur als einflusspolitisches Instrument: Die Autobahn Bar-Boljare in Montenegro, gebaut von Chinas Road and Bridge Corporation.



Quelle: CTK Photo/Libor Sojka

Gemäß der jüngsten Analyse des Pentagons ist die Volksrepublik China (PRC) der einzige Konkurrent, der seine wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht so ausspielen kann, dass sich daraus eine dauerhafte Herausforderung für ein funktionsfähiges und offenes internationales System ergibt. „The PRC is increasingly clear in its ambitions and intentions. Beijing seeks to reshape the international order to better align with its authoritarian system and national interests. A vital component of its strategy to achieve the ‚great rejuvenation of the Chinese nation.‘ According to this world view that accrual of the PRC’s comprehensive national power, including military power, is necessary to set the conditions for Beijing to assert its preferences on a global scale.“¹⁷

Bis zum Jahr 2049 sei das chinesische Streben darauf gerichtet, mit den Vereinigten Staaten mit Blick auf die weltweite Einfluss- und Machtposition gleichzuziehen oder diese hinter sich zu lassen, das amerikanische Allianz- und Sicherheitspartnerschaftssystem in der Region Indo-Pazifik aus den Angeln zu heben und auf das internationale System dahingehend einzu-

wirken, dass künftig Beijings autoritäres System und seine nationalen Interessen begünstigt werden. Beijing wird seine darauf gerichteten umfassenden Bemühungen weiter verstärken, indem es sein Wirtschaftswachstum verstetigt, seine Streitkräfte stärkt und in der Weltpolitik insgesamt mit einem neuen Selbstbewusstsein auftritt. Der Führungsanspruch der kommunistischen Partei sichert straffe Entscheidungsprozesse. Gleichzeitig hängt dieser Anspruch an inhaltlicher Richtigkeit und Wohlstandserwartungen aufstrebender Schichten. Dies schafft eine offene wirtschaftliche Flanke für die chinesische Führung, wie sie etwa das russische Regime nicht kennt.

Gerade auch auf dem Balkan ist in den vergangenen Jahren Chinas strategische Präsenz stetig gewachsen. Dazu zählen auch die Medienpräsenz Chinas, wie sie etwa in dem mit Albanien bestehenden Kooperationsabkommen zwischen den staatlichen Rundfunkanstalten beider Länder und einer Verständigung über Fortbildungsmaßnahmen zum Ausdruck kommt, und das zwischen Serbien und China 2016 abgeschlossene Kooperationsabkommen, das einen chinesisch-serbischen Mediendialog vorsieht. Ergebnis dieser Vereinbarungen ist etwa im Falle Serbiens, dass die Darstellung Chinas in den staatlich gelenkten Medien durchgängig positiv gestaltet ist und die Sichtweise Pekings zum Nennwert genommen wird.

Die wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten als Folge der Corona-Pandemie haben sich auf dem Balkan besonders negativ in ihren Folgen für den persönlichen Lebensstandard, die Arbeitsmarktpolitik und mit Blick auf die strukturellen Schwächen der Wirtschafts- und Sozialsysteme ausgewirkt. Agon Maliqi kam bereits Ende 2020 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass sich in der gesamten Region des Westbalkans ein illiberales Gleichgewicht eingestellt habe.¹⁸ Die wirtschaftliche, technologische und auch strategische Durchdringung des Balkans durch Russland und China hat dazu geführt, dass die politischen und wirtschaftlichen Systeme im Westbalkan, insbesondere in Serbien, aufs Engste mit denjenigen dieser beiden Länder verbunden sind.

Die besondere Geschichte des Balkans nach 1990 in ihren vielfältigen geopolitischen Herausforderungen des Balkanraums verbindet Europäer und Amerikaner auf eine ähnliche Weise, wie dies vor 1989 für die deutsche Frage galt. Die europäisch-amerikanischen Gestaltungsaufgaben, aber auch die grundsätzlichen Unterschiede im Verhältnis zum Militärischen und im Verständnis von weltpolitischen Verpflichtungen in der Nordatlantischen Allianz werden hier besonders deutlich. Der Begriff der gemeinsamen Sicherheit und die damit verbundenen Aufgaben sind in dieser Region wiederholt getestet worden.

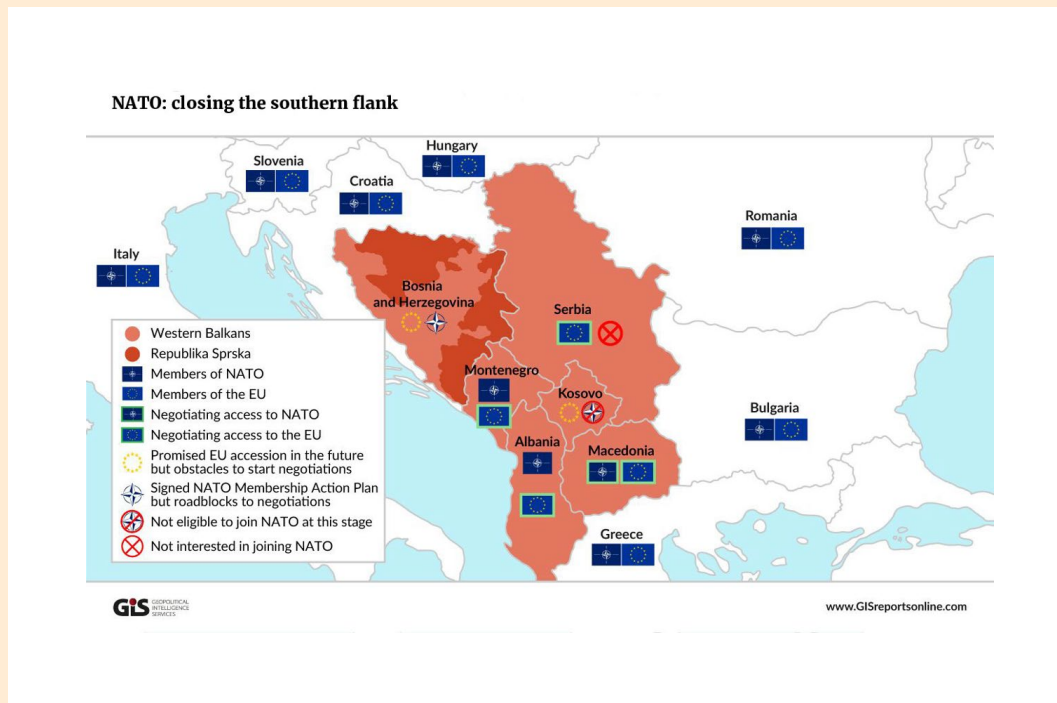
Chinas strategische Präsenz ist auf dem Balkan stetig gewachsen.

Dies wird insbesondere mit Blick auf die NATO und ihren Einsatz deutlich. Die Nordatlantische Allianz verbindet Europa und Amerika. Sie ist der politisch stärkste und sichtbarste Ausdruck dieser Wertegemeinschaft. Zwei Weltkriege und der Kalte Krieg haben das Bewusstsein für das Verbindende dieser Wertegemeinschaft geschärft. Solidarität, Kohäsion und die Unteilbarkeit der Sicherheit haben begründet, dass die NATO der transatlantische Rahmen für eine starke, kollektive Verteidigung und das vorrangige Forum für die Konsultation und Entscheidungsfindung unter den Verbündeten im Wandel der Zeiten geblieben ist.

**Durch Putins
Angriffskrieg erlebt
die NATO derzeit
eine Renaissance.**

Ausgelöst durch Putins Aggression und der Entschlossenheit ihrer Mitglieder, den flagranten Völkerrechtsbruch nicht hinnehmen zu wollen, erlebt die NATO heute eine Renaissance, eine Aufwertung, die durch das finnische und das schwedische Beitrittsgesuch und den damit verbundenen Möglichkeiten im Norden Europas, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland ein weiteres Zeichen der Entschlossenheit zu setzen, noch verstärkt wird. Das neue Strategische Konzept der Allianz wird neben der Anerkennung der nun auch sicherheitspolitisch definierten Bedrohung durch China und die auf absehbare Zeit das Bündnis fordernde Aufgabe, Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Angesicht der russischen Bedrohung zu definieren, vor allem den globalpolitischen Rahmen für die an politischer Bedeutung zunehmenden Aufgaben der kooperativen Sicherheit abstecken müssen. Solange sich der Frieden auf dem Balkan so zerbrechlich wie heute zeigt, bleibt die Nordatlantische Allianz als Garant dafür im Westbalkan unverzichtbar.

Abbildung 6: NATO-Perspektive für den Westbalkan



Quelle: Geopolitical Intelligence Services (GIS)

Die Europäische Union ist heute auf dem Balkan mit einem Netzwerk von Vertretungen und Abkommen in den Balkanstaaten präsent. Als strategischer Akteur wird sie indes von den Vereinigten Staaten und anderen Mächten nur eingeschränkt wahrgenommen. Mit der Verleihung des Status des Beitrittskandidaten an Bosnien-Herzegowina ist Bewegung in die Debatte über die politische Perspektive der Region gekommen. Der Zusammenhang zwischen Beitrittsprozess und den tatsächlichen Fortschritten bei der Übernahme des *acquis communautaire* – etwa mit Blick auf Fragen der Rechtsstaatlichkeit oder die Unabhängigkeit der Justiz – hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend als eigentliches Problem herausgestellt, da es bei einigen der Beitrittskandidaten zu einer zunehmenden Entkoppelung gekommen ist.

Für die Gestaltung des Beitrittsprozesses benötigt die EU passendere Instrumente.

Die Beispiele Nordmazedonien und Albanien – beide Länder haben noch nicht mit den Beitrittsverhandlungen begonnen – zeigen, dass ein größerer Fortschritt auch bei Ländern, die noch nicht mit Beitrittsverhandlungen begonnen haben, möglich ist als etwa bei Serbien, mit dem die Verhandlungen bereits im Jahr 2014 begonnen wurden. Damit stellt sich für die Europäische Union nicht nur die Frage, wie sie ihren im strategischen Kompass formulierten geopolitischen Anspruch umsetzen kann, sondern auch, wie es gelingen könnte, Instrumente durch die Gestaltung des Beitrittsprozesses so auszubringen, dass es in den sich um eine Mitgliedschaft bewerbenden Ländern tatsächlich zu echten Reformfortschritten kommt. Der bisherige Erfahrungshorizont bildet dabei nicht immer angemessene Leitlinien aus. So hat die Europäische Union noch nie einem Land mit äußerst fragiler Staatlichkeit wie Bosnien-Herzegowina durch die Anerkennung als Beitrittskandidat (hier im Dezember 2022) eine konkrete Aufnahmeperspektive geboten.

Abbildung 7: Der Westbalkan auf dem Weg in die Europäische Union

Stand: 2021; Bosnien und Herzegowina: Kandidat seit 2022



Quelle: Table.Media,

<https://table.media/security/analyse/kosovo-vor-neuen-protesten-cdu-politiker-brand-fordert-druck-auf-serbien/>

Serbien und die Mächte

Serbien gerät zunehmend unter Druck.

Wenn der Ukrainekrieg die strategische Gesamtlage auf dem Balkan grundlegend verändert hat, so gilt dies insbesondere für die Stellung Serbiens, dessen politische Spielräume durch die veränderte Lage – insbesondere durch den Bedeutungsverlust Russlands, die anhaltende Konfrontation und den zunehmenden Druck – die festgefahrene Situation in Bosnien-Herzegowina aufzulösen. All dies läuft dem auf Perpetuierung eines unbefriedigenden Schwebezustands gerichteten Kurses des „breitschultrigen Wassertragens“ von Aleksandar Vucic entgegen und zwingt Serbien zu Positionierungen, die seinem ursprünglichen politischen Kalkül nicht entsprechen. Die Manövrierräume werden geringer, die lange aufgeschobene Positionierung in der Frage der EU-Mitgliedschaft – also mit Blick darauf, wie Serbien wirklich die Mitwirkung anstrebt – drängender. Die in Bewegung geratene Situation in Bosnien-Herzegowina erfordert von Serbien Kurskorrekturen, wenn es dessen im vergangenen Jahrzehnt sichtbar gewordenen Anspruch, die zentrale Macht in der Region zu bleiben, nicht aufgeben will.

Das Abstimmungsverhalten Serbiens am 2. März 2022, mit dem es sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen der überwältigenden Mehrheit anschloss und in einer Resolution das Vorgehen Russlands verurteilte (und das von der amerikanischen Staatssekretärin Victoria Nuland überschwänglich begrüßt wurde), steht für Serbiens Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen und kontrastiert doch auffällig mit Vucics hartnäckiger Weigerung, sich den Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland anzuschließen. Hinzu kommt, dass die russische Invasion in der Ukraine in Serbien Reminiszenzen an die vor drei Jahrzehnten ausgelösten Ereignisse weckt und in dem wichtigsten orthodoxen Land im Westbalkan einen großen Zwiespalt hinterlässt. In der serbischen öffentlichen Debatte wurden einerseits immer wieder die Erinnerungen an den Zerfall Jugoslawiens im Zusammenhang mit dem Krieg wachgerufen, zum anderen ist die Debatte – im Vergleich mit derjenigen in den Nachbarstaaten – von einem auffälligen Mangel an Empathie in der serbischen Öffentlichkeit mit den Leiden der Ukraine geprägt.

Noch immer hingegen ist in Belgrad die Erinnerung an die NATO-Luftschläge von 1999 präsent, die in Serbien die Auffassung, damals Opfer einer ungerechtfertigten westlichen Politik geworden zu sein, stützt und bis heute gleichermaßen die Sympathien für Putin als den starken Mann und die Ablehnung der Nordatlantischen Allianz begründet. Hinzu kommt, dass Putins stark geschichtsphilosophisch argumentierende Rechtfertigung seiner

„russischen Welt“ Assoziationen mit dem nationalistischen Traum von Groß-Serbien weckt und schon deshalb auf ein verbreitetes Verständnis zählen darf. Selbst die russische Propagandaparole, die Ukraine habe Russland angegriffen, verfiel in Belgrad bei Teilen der Öffentlichkeit mehr als anderswo.

Wenn Russland in Serbien auf große Sympathien setzen kann, so hängt dies mit der jahrhundertealten Verbundenheit in Geschichte und Kultur zusammen. Moskau ist Belgrads engster Verbündeter in der Kosovofrage, und das Beitrittsersuchen des kosovarischen Parlaments für die Nordatlantische Allianz, unmittelbar nach dem russischen Angriff, wurde in Belgrad weithin als Provokation bewertet. Bereits während der Ukraine Krise im Oktober 2014 hatte der damalige serbische Präsident Tomislav Nikolic dem russischen Präsidenten Vladimir Putin mit den Worten „Serbien sieht Russland als wichtigsten Verbündeten“ seine Freundschaft bezeugt.

Russland gilt in Serbien noch immer als Beschützer aller slawischen Völker. Titos Blockfreiheitspolitik hat dazu geführt, dass der Blick auf die Sowjetunion im Kalten Krieg in Belgrad weniger belastet ausfallen kann als in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes. Die Kosovo-Frage bleibt bis heute ein Stachel im Fleisch der serbischen Politik und belastet Serbiens Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen. Russlands Präsenz in Belgrad schließt politische Stiftungen und Propagandasender ein. Sie geht auf die eine bis zum Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens in den frühen 1990er-Jahren zurückreichende enge Durchdringung zurück.

Es entspricht auch den propagandistischen Methoden des Kremls, die mit der Bombardierung Serbiens durch die NATO und die Unabhängigkeit des Kosovo vorhandenen Ressentiments immer wieder auszuschlachten. Doch die seit 2008 erfolgten europäischen Orientierungen des Landes haben mit sich gebracht, dass diese russische Propaganda heute nicht mehr in dem Maße greifen kann, wie dies noch vor zehn Jahren der Fall gewesen ist. Denn das heutige Russlandbild in Serbien trägt nach dem Angriff auf die Ukraine zunehmend ambivalente Züge. Einerseits wirkt nach, dass Russland über Jahrhunderte hinweg in Serbien als slawische und orthodoxe Brudernation porträtiert wurde. Die Erinnerung an das Luftbombardement der NATO im Kosovokrieg, die wirtschaftliche Präsenz Russlands im Land, die Verflechtung der post-jugoslawischen Führungsschicht im Militärwissen und in der Ministerialbürokratie mit ihren russischen Partnern stehen für diesen Teil der Vergangenheit.

Der Angriff auf die Ukraine hat auch dem Russlandbild in Serbien geschadet

Insbesondere mit Blick auf die Energiepolitik wirken sich diese alten Abhängigkeiten auch aktuell noch aus. Fast 100 Prozent der serbischen Erdgasimporte stammen aus Russland und werden bis heute aus Moskau zu deutlich günstigeren Konditionen überlassen. Moskau weiß um dieses „Erbe“ und spielt selbst gegenwärtig noch mit den pro-russischen Neigungen Serbiens, wenn Außenminister Lavrov im derzeitigen russisch-ukrainischen Konflikt wiederholt Belgrad als möglichen Austragungsort für Verhandlungen zu positionieren versucht hat. Vucic hat seinerseits immer wieder auch den Russen Anlass zur Interpretation gegeben, dass sein um Eigenständigkeit bemühter Kurs in Moskau eine Distanzierung von der „westlichen“ Europapolitik darstellt.

Andererseits hat Serbien gerade in den vergangenen Jahren eine Reihe von wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen vollzogen, die mittel- und langfristig auf eine strategische Abkehr von Russland hinauslaufen werden und durch die gegenwärtigen Entwicklungen weiter verstärkt werden können. Zu den Erfolgsgeheimnissen, die Aleksandar Vucic in die Lage versetzt haben, zur uneingeschränkten Nummer eins in der serbischen Politik aufzusteigen, zählt die Aura der scheinbaren Äquidistanz zu Moskau einerseits, der Gegenmacht zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die auf Grund der NATO-Bombardierung in Serbien 1999 und der Entlassung des Kosovo in die Unabhängigkeit 2008 in der öffentlichen Meinung nach wie vor ausgesprochen unpopulär sind. Dies hinderte ihn nicht daran, die Beziehungen zur Europäischen Union und insbesondere zu Deutschland, dem weitaus wichtigsten Handelspartner Serbiens, zu vertiefen, und sein Land zur Heimat von finanzkräftigen Investoren zu machen, die vor allem aus Deutschland und Italien kommen.

Die serbische Außen- und Sicherheitspolitik verrät Vucics Drang nach Machtzuwachs.

Die Ambivalenz der serbischen Außen- und Sicherheitspolitik zeigt sich insbesondere in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik, die noch mehr als andere Politikfelder den Drang nach einer größeren Rolle, den Grundsatz der möglichst lockeren Bindung und die ausschließliche Orientierung an der auf Machtzuwachs und Steigerung des Prestiges ausgerichteten Politik von Vucic erkennen lassen. Seit 2014 rüstet Serbien systematisch auf. Früh hat die serbische Führung nach Russlands Annexion der Krim die Folgerung einer notwendigen Stärkung von Landstreitkräften gezogen. Die serbischen Verteidigungsausgaben zwischen 2015 und 2021 sind um 70 Prozent auf 1,4 Milliarden Dollar per annum gestiegen. Von Russland und Weißrussland hat Serbien zehn MIG-29-Jets bekommen, 30 Panzer und bewaffnete Personenfahrzeuge, zudem hat Serbien von Russland ein Luftabwehrsystem erworben.

2019 schloss das serbische Verteidigungsministerium einen Kaufvertrag über französische Kurzstrecken-Luftverteidigungssysteme vom Typ Mistral 3 ab.¹⁹ Nachdem Präsident Vucic gegenüber der Jerusalem Post 2020 die Anschaffung israelischer Waffen für die serbischen Streitkräfte ankündigte,²⁰ sollten die Streitkräfte außerdem SPIKE LR2 Panzerabwehrraketen beschaffen.²¹ Vucic und der türkische Präsident Erdogan einigten sich zudem auf die Lieferung von Bayraktar TB2 Drohnen an die serbischen Luftstreitkräfte.²²

Serbien hat unter anderem sechs chinesische CH-92A-Drohnen beschafft, eine kombinierte Kampf- und Aufklärungsdrohne, die lasergesteuerte Raketen abfeuern kann. Gleichzeitig hat Serbien seit 2016 konsequent Maßnahmen ergriffen, um die nationale Verteidigungsplanung für die internationalen Beobachter weniger einsehbar zu machen. Mit 28.500 Soldaten ist die serbische Armee immer noch deutlich größer als die kroatische. Serbien hat eine strategische Partnerschaft mit China, gute Beziehungen mit Russland und strebt – zumindest nominell – den Beitritt zur Europäischen Union an. 2007 hat es seine militärische Neutralität erklärt, pflegt jedoch im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden offizielle Beziehungen zur Nordatlantischen Allianz. Die Aufrüstungsbemühungen und die fortgesetzten Nadelstiche gegen Kroatien und andere Nachbarn widersprechen freilich dem Ansatz gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Serbien betreibt Aufrüstungspolitik, will sich aber dabei nicht in die Karten schauen lassen.

Vucics Mantra, dass ein moderner Staat moderne Streitkräfte benötige, ist vor diesem Hintergrund in anderem Licht zu sehen. Im regionalen Vergleich jedenfalls übertreffen die serbischen Verteidigungsausgaben und die serbischen Verteidigungsanstrengungen die seiner Nachbarstaaten Albanien, Montenegro, Bosnien, Kosovo, Nordmazedonien und auch Kroatien ganz erheblich. Die geostrategische Lage Serbiens ist dabei auch dadurch gezeichnet, dass mit Kroatien und Ungarn im Norden, Rumänien und Bulgarien im Osten beziehungsweise im Südosten, Nordmazedonien im Süden und Montenegro im Westen NATO-Mitgliedsstaaten an seinen Grenzen stehen. Die seit Jahren von Vucic gepflegten guten Beziehungen zur NATO sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Zudem entsprechen sie seinem Kalkül. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg besuchte Belgrad in den Jahren 2015 und 2018, Vucic stattete dem NATO-Hauptquartier in Brüssel im Mai 2021 eine Visite ab. Serbien strebt zwar nach wie vor keine NATO-Mitgliedschaft an, trat jedoch 2009 dem Partnership for Peace Programme bei.

Die Kooperation mit der Nordatlantischen Allianz findet im Rahmen von jeweils zweijährigen Individual Partnership Action Plans (IPAP) statt.²³ Die serbischen Streitkräfte kooperieren dabei mit der NATO-geführten Kosovo-Truppe KFOR im Rahmen der mit dem Military Technical Agreement von

1999 geschaffenen Joint Implementation Commission.²⁴ Im März diesen Jahres äußerte Vucic bei einem Festakt zum Gedenken an die Opfer der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien 1999, die Beziehungen Serbiens zur NATO seien wichtig, da die Allianz als einziger Akteur die Sicherheit der Serben im Kosovo garantieren könne.²⁵

Der Präsident bekräftigte beim Wahlkampfauftakt seiner Partei einen Monat zuvor jedoch erneut seine Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft Serbiens²⁶ und bezeichnete wenige Tage darauf die Bemühungen des Kosovo um ein beschleunigtes NATO-Beitrittsverfahren als Ergebnis der Arbeit von Lobbyisten in den USA und der EU, um Druck bei der internationalen Anerkennung des Kosovo auszuüben.²⁷ Air Serbia ist heutzutage einer der wenigen Fluglinien, die noch regelmäßig Moskau und Sankt Petersburg ansteuern. Nach Kriegsbeginn haben die Immobilienanmietungen und Immobilienerwerbe durch russische Privat- und Geschäftsleute in Belgrad deutlich zugenommen.

Politisch fährt Serbien zweigleisig und hält sich so alle Wege offen.

Die serbische Politik hat es bislang verstanden, scheinbar unvereinbare Positionen miteinander zu verbinden und dabei dafür zu sorgen, dass dies seiner wirtschaftspolitischen Entwicklung zugutegekommen ist und das einflusspolitische Gewicht des Landes in der Region gestärkt hat. Auffällig ist dabei, dass diese politische Agenda den unbefriedigenden Status quo auf dem Balkan eher verfestigt hat, jedenfalls den bekenntnishaften Worten zu europäischer Solidarität keine Taten gefolgt sind. Es zählt zu den rätselhaften Kennzeichen der serbischen Politik, dass einerseits in den vergangenen Jahren der Weg ins institutionelle Europa konsequent beschritten wurde, dass andererseits aber insbesondere die wirtschaftliche und strategische Verbindung zu China und der Türkei als bewusstes Gegengewicht gepflegt wurde. Bereits 2014 beschloss der Europäische Rat, die Beitrittsverhandlungen mit Serbien spätestens im Januar 2014 aufzunehmen. Vorausgegangen war eine Vereinbarung über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo.

Damit sind auch für Serbien die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993 („Kopenhagener Kriterien“) maßgeblich. Serbien ist heute fest in die europäische Wirtschaft integriert und kann auf ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum verweisen. Der nationalegoistische Kurs von Vucic kalkuliert konsequent die Ergebnisse dieser wirtschaftlichen Verflechtung mit ein. Der Umstand, dass die Beitrittsverhandlungen mit Brüssel seit zehn Jahren auf der Stelle treten, und die Hervorbringung der Schaukelpolitik zwischen Russland, China und der Europäischen Union veranlassen zur Vermutung, dass Vucic gar nicht an einem raschen EU-Beitritt gelegen ist.

Die serbische Visumpraxis und deren zögerliche Anpassung an die EU-Einwanderungspolitik hat diesen Eindruck bestätigt. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben dabei sowohl zu innenpolitischen Belastungsproben als auch zu einer um sich greifenden Ernüchterung über die eng gezogenen Grenzen europäischer Solidarität geführt. Denn der Corona-Wiederaufbaufonds der Europäischen Union hat durch Transferzahlungen insbesondere an Griechen und Kroaten dazu beigetragen, dass sich die wirtschaftliche und damit auch die politische Kluft zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union und den Anwärtern weiter vergrößert hat.

**Auch mit seiner
Einwanderungspolitik
zeigt Serbien, dass
es keinen raschen
EU-Beitritt anstrebt.**

All dies bildet den Hintergrund, dass die Tonlage von Vucic gegenüber Repräsentanten der Europäischen Union in den beiden zurückliegenden Jahren deutlich selbstbewusster und kritischer geworden ist. Beispielhaft dafür steht die deutliche Kritik an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem von ihr verkündeten Exportstopp von medizinischen Gütern. Vucic nutzte diese Entscheidung zu einem mit Pathos am 17. März 2020 verkündeten Kursschwenk der serbischen Politik, der die latente strategische Annäherung Serbiens an China als neue außenpolitische Richtlinie verkündete: „Ursula von der Leyen hat beschlossen, dass wir kein Recht auf diese Güter haben. Jetzt ist jedem klar, dass die europäische Solidarität nicht existiert. Es war ein schönes Märchen. Der Einzige, der uns jetzt helfen kann, ist die Volksrepublik China. Ich habe einen Brief an Xi Jinping geschrieben, ich habe ihn nicht Freund genannt, sondern Bruder, nicht meinen persönlichen Freund, sondern den Freund und Bruder meines Landes. Nur China kann uns helfen.“²⁸

In den staatlich gelenkten Medien und auf den Straßen Belgrads waren in großen Parolen Aufschriften mit „Danke, Bruder Xi“ ausgebracht. Parallel dazu haben Vucic in Belgrad und Dodik in der Republik Srpska unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit die mit russischen Iljuschin-Transportmaschinen bereitgestellten medizinischen Geräte und Desinfektionsmittel entgegengenommen. Seit 2016 befindet sich das serbische Stahlwerk Smederevo unter chinesischer Leitung, ebenso wie die Kupferproduktion in Bor. Auch die Verwendung von Gesichtserkennungssystemen von Huawei, die in China für Überwachungszwecke eingesetzt werden, werden in Belgrad neben Überwachungskameras chinesischer Produktion eingesetzt. Der Schlussfolgerung, dass Serbien „unter den Augen der EU-Schritt für Schritt zu einem Brückenkopf Chinas ausgebaut“ worden sei, kann uneingeschränkt zugestimmt werden.²⁹ Zugespitzt formuliert, Belgrad hat sich durch signifikante chinesische Unterstützung kontinuierlich zu einem „Vorposten Pekings an der Grenze zur EU“³⁰ entwickelt.

**Vucics Handlungsfreiheit
hat sich seit dem
russischen Angriffskrieg
verkleinert.**

Vucic agiert seit Beginn des Ukrainekrieges erheblich vorsichtiger. Er scheint zu wissen, dass seine Handlungsspielräume heute eingeschränkter sind und künftig wohl noch kleiner ausfallen werden. Das jüngst gegenüber den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union signalisierte Entgegenkommen in der Kosovofrage, auch die Entscheidung, sich bei der jüngsten Abstimmung in den Vereinten Nationen zur Ächtung des russischen Vorgehens anlässlich des Jahrestages des Krieges in der Ukraine – wie schon im Jahr davor – in der Ukraine an die Seite der anderen 140 verurteilenden Staaten zu stellen, darf als ein bewusstes Zugeständnis gegenüber dem Westen interpretiert werden, auch wenn es noch keine grundsätzliche Abkehr von der traditionell auf Äquidistanz setzenden, opportunistischen Politik des breitschultrigen Wassertragens gewertet werden kann.

Bei Vucic mag dabei auch eine Rolle gespielt haben, dass die traumatisierende Erfahrung der 1990er-Jahre, als Serbien gewissermaßen über Nacht ohne Verbündete dastand und auf der internationalen Bühne isoliert war, sich keinesfalls ein zweites Mal wiederholen dürfe. Seine Wandlungsfähigkeit und seine diplomatische Anpassungsfähigkeit machen ihn aufgeschlossen für diplomatische Volten, solange bei ihm erkennbar ist, dass diese der Verwirklichung der von ihm so definierten nationalen Interessen dienen.

Diese Maxime hatte Vucic einst dazu veranlasst, in der Kosovo-Frage weitgehend dem Westen entgegenzukommen, wie es in der von der Europäischen Union vermittelten Vereinbarung zwischen Kosovo und Serbien zum Ausdruck gekommen ist. Wie fragil die Lage im Kosovo ist und welche innenpolitischen Rückwirkungen Vucic gewahr sein muss, wurde gerade erst am orthodoxen Heiligabend deutlich, als ein aus Serbien stammender junger Mann und ein Kind am Freitag, dem 6. Januar 2023, im Südkosovo von albanischen Extremisten angeschossen wurden.³¹

Die Lage der weniger als 100.000 ethnische Serben umfassenden Minderheit im Kosovo, wie sie auch in den Spannungen im Zusammenhang mit den strangulierenden Maßnahmen der kosovarischen Behörden gegen den serbisch-orthodoxen Patriarchen zum Ausdruck kommt, ist für Vucic umso mehr ein Problem, als sich sein Handlungsspielraum vor dem Hintergrund des zunehmenden Drucks des Westens, die Kosovo-Frage einer dauerhaften und befriedigenden Lösung zuzuführen – dies würde auf eine de facto-Anerkennung hinauslaufen – insgesamt sehr einschränkt und dieser Trend sich fortsetzt. Ein weiter zunehmender Druck des Westens hätte für Vucic vor allem weitreichende innenpolitische Auswirkungen.

Diese Analyse erklärt den jüngsten Kursschwenk des serbischen Präsidenten in der Kosovofrage, seine Bereitschaft zu den von der Europäischen Union geforderten weitgehenden Zugeständnissen gegenüber dem Kosovo, die mit der Politik der von Belgrad gesteuerten Eskalation im Norden des Kosovo vor Weihnachten 2022 kontrastiert. Es kann davon ausgegangen werden, dass Vucic noch Ende 2022 die Eskalation gesucht hatte, um der Staatengemeinschaft die Sprengkraft der ungelösten Probleme zu illustrieren, nun aber unter dem Druck der gesamtpolitischen Entwicklung – insbesondere infolge des Ukrainekrieges – in der Zwischenzeit sich veranlasst sah, wenigstens in der Kosovo-Frage Konzilianz zu signalisieren, um die schwinden zu drohende Gewogenheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in der Nordatlantischen Allianz wiederherzustellen und Kompensation für sein punktuell gutes Wohlverhalten an anderer Stelle anzustreben.

Es ist deshalb nicht davon auszugehen, dass der wachsende internationale Druck, eine dauerhafte Lösung für das Kosovo zu finden, von Erfolg gekrönt sein wird, zumal der kosovarische Regierungschef Albin Kurti aus der scheinbar für ihn günstigen Situation ebenfalls Kapital zu schlagen versucht.

Die unklare Lage in Montenegro, wo im Zusammenhang mit den im Frühjahr 2023 stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ein politischer Erdbebenstoß sowie damit eine grundlegende Demokratisierung des politischen Systems unter Zurückdrängen der serbischen und russischen Einflüsse möglich erscheint, könnte Vucic's politischen Spielraum weiter einschränken, weil die Signalwirkung eines Machtwechsels in Podgorica für die gesamte Region nicht unterschätzt werden darf.

Die enge Bindung an das sich mehr und mehr isolierende Ungarn Victor Orbán's, das zusätzlich durch eine Inflationsspirale in seiner wirtschaftlichen Kraft stark beeinträchtigt ist, lassen die Prognose zu, dass das System Vucic auf mittlere Sicht im Strudel der geopolitischen und innereuropäischen Machtverschiebungen politisch ganz kollabieren könnte. Die acht Oppositionsparteien, die sich im Februar 2022 zu einer Vereinbarung für ein verantwortliches Serbien zusammengeschlossen haben und sich darin zu Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und einer verantwortlichen Umweltpolitik bekannt haben, mögen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu schwach sein, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Sie können jedoch als Faktor in der parteipolitischen Zusammenarbeit nicht gänzlich vernachlässigt werden.

Das System Vucic könnte auf mittlere Sicht politisch kollabieren.

**Südosteuropa und
auch Serbien wenden
sich zunehmend
von Russland ab.**

Auf weite Sicht ist die Tendenz erkennbar, dass sich Südosteuropa zunehmend von Russland abwendet und sich insbesondere die traditionellen Verbündeten Russlands – Serbien und Bulgarien – zu einer kritischen Beurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine durchgerungen haben. Dies schwächt auch langfristig die bislang von Hin- und Her-Taktieren bestimmte serbische Position. Die lange Zeit auch von Vucic in den Raum gestellte Sorge, dass sein Land eine Abkehr von Russland mit weitreichenden, auch wirtschaftlichen Folgen bezahlen müsse, hat sich in den vergangenen Monaten mehr und mehr als eine im Grunde leere Phrase entpuppt. In dem Maße, in dem Russland seine strategische Rolle in Europa auf Grund der weltpolitischen Schwächung und der wachsenden Abhängigkeit von China als dessen Juniorpartner reduzieren wird, wird sich Serbien neu orientieren und weiter an den Westen anlehnen.

Diese Erfahrung hat auch der Präsident der Republica Srpska, Dodik, machen müssen, der weit über seiner Gewichtsklasse in der internationalen Politik durch markantes Auftreten auffällt, insbesondere durch seine rhetorisch übersteigerte, bewusst auf Beleidigung setzende Sprache gegenüber dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina. Wo immer er konnte, hat Dodik seine ostentativ zur Schau gestellte herzliche Einvernahme mit Russland zelebriert, dabei insbesondere in den Wochen und Monaten vor dem Ausbruch des Ukrainekrieges seine aggressive Rhetorik eingesetzt und Sezessionsdrohungen offen ausgesprochen. Es war dabei durchscheinend, dass Moskau ihn und andere sezessionistische Claqueure bewusst in spalterischer Absicht instrumentalisiert hatte. Am 9. Januar 2022 hatte sich bei einer in der Republik Srpska abgehaltenen Parade der paramilitärischen Polizei, die gemäß der Verfassung des Landes gar nicht hätte stattfinden dürfen, der russische Botschafter noch an der Seite von Milorad Dodik gezeigt. Die amerikanische Reaktion folgte auf dem Fuße und führte dazu, dass gegen Dodik Sanktionen von Seiten der Vereinigten Staaten verhängt worden sind.³²

Dodiks Agieren, seine Duldung, Ermutigung und Instrumentalisierung durch Serbien sind überhaupt nur vor dem spezifischen Hintergrund der unbewältigten Probleme aus der in Dayton / Ohio getroffenen Regelung der ungelösten Territorialfragen aus dem Kampf um die Nachfolge des ehemaligen Jugoslawiens zu verstehen. Die Führung der Republika Srpska hatte zuvor angekündigt, sich aus den gesamtstaatlichen Institutionen zurückziehen zu wollen.

Auch das Spiel mit den Spaltungsdrohungen der bosnischen Serben unter Milorad Dodik zeigt sich aus serbischer Perspektive in der veränderten geopolitischen Lage unter neuen Aspekten. Vucic weiß, dass das politische Gewicht Dodiks, der zwar aus den jüngsten Wahlen als Sieger hervorgegangen ist, aber in seiner Republika Srpska in seiner Position als Verteidiger des Serbentums längst nicht mehr als einzig vernehmbare Stimme der serbischen Bevölkerungsgruppe angesehen werden kann, weiter abnehmen wird. Dodiks Bemühungen, eine eigene Justiz, ein eigenes Steuersystem und langfristig sogar Streitkräfte aufzubauen, kann nur als frontaler Angriff auf die Staatlichkeit Bosniens gewertet werden.

Die von Dodik seit Jahren praktizierte Taktik, mit einem Referendum zu spielen, das den Menschen in der Republika Srpska das Recht auf das Leben in einem eigenen staatlichen Verbund in Aussicht stellt, widerspricht Geist und Buchstaben des Daytoner Abkommens und kann vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Lage als politischer Generalangriff auf den Status Quo und letztlich als politisches Harakiri gewertet werden.

Die Vereinigten Staaten haben mit ihren Sanktionsentschlüssen des zurückliegenden Jahres gegen Milorad Dodik eine rote Linie aufgezeigt. Sie haben auch mit Blick auf das künftige innere Gefüge der Föderation Bosnien-Herzegowina deutlich gemacht, dass die Staatengemeinschaft keine weiteren Drohungen gegen Bosniens Staatlichkeit hinnehmen kann. Auf dieser Linie liegt auch die umfassende Unterstützung, die die Vereinigten Staaten für den Hohen Repräsentanten Christian Schmidt, sein zu neuem Leben erwecktes Amt und den kraftvollen Einsatz der „Bonn Powers“ wiederholt ausgesprochen haben.

Die USA haben Dodik mittlerweile durch Sanktionen eine rote Linie aufgezeigt.

Bosnien-Herzegowina: Ungelöste Aufgaben und die Politik der Mächte

Abbildung 8: Die Föderation Bosnien-Herzegowina in ihren drei Entitäten auf der Grundlage des Dayton-Vertrages (1995)



Quelle: Council on Foreign Relations

Früh zeichnete sich in Bosnien-Herzegowina als zentrales Problem ab, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau wegen fehlender gemeinsamer politischer Strukturen und einer nicht funktionsfähigen öffentlichen Verwaltung nicht wirklich in Gang kam. Es war die Tendenz erkennbar, dass politische Parteien die wirtschaftlichen Belastungen ebenso wie die Verantwortung für die Vertriebenen und Flüchtlinge so weit wie möglich auf die internationale Gemeinschaft abwälzen wollten. Als Mindestvoraussetzungen für eine selbsttragende Stabilität wurden damals tragfähige politische Organisationsstrukturen, ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigem Niveau, die Achtung der Menschenrechte, gesicherte Eigentumsverhältnisse sowie die Entschädigung für Eigentumsverlust und wirtschaftlicher Aufschwung identifiziert.

Politisch, wirtschaftlich und militärisch sind in Bosnien-Herzegowina heute noch nicht immer alle Voraussetzungen für stabile und sich selbst tragende gesamtstaatliche Strukturen vollzogen. Der serbische Massenexodus hat den Großraum Sarajevo zu einer muslimischen Agglomeration werden lassen. Die Zahl der Kroaten im muslimisch dominierten Gebiet ist auf ein Drittel des Vorkriegsstandes zurückgegangen. Ein Grund hierfür liegt in der Anziehungskraft Kroatiens als Tor zur Europäischen Union und Brücke zum europäischen Binnenmarkt.

Mit dieser demographischen Verschiebung haben auch Elemente des Wahlsystems mit der weit überproportionalen Begünstigung von lokalen Minderheiten ihre Legitimation verloren und jetzt zu einem legislatorischen Eingriff des Hohen Repräsentanten gedrängt. Liberalen politischen Kräften fehlen in allen drei Sektoren noch immer eine wirkungsvolle politische Organisation und allseits anerkannte demokratischen Führungsparteien.

Die zu wählenden gemeinsamen Dachorgane, Präsidium und Parlament, haben nur begrenzte Befugnisse. Es obliegt dem Verfassungsgericht zu definieren, wie die speziellen parallelen Verhältnisse der Föderation zu Kroatien und der Republica Srpska zu Serbien ausgestaltet sind. Bei entscheidenden Themen ist die Zentralregierung gegenwärtig blockiert. Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die sich auf eine diskriminierende Behandlung von Kandidaten außerhalb der drei bestimmenden Ethnien beziehen, werden ignoriert. Zugleich zeigt ebendiese Rechtsprechung mangelnde Sensibilität für den komplexen Ausgleich zwischen den drei Bevölkerungsgruppen. Die offene Leugnung von Verbrechen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, die Verweigerung eines Dialogs und die entsprechende Aufarbeitung der eigenen Geschichte haben dazu geführt, dass die politische Kultur des Landes und die Fähigkeit, über Fragen der Demokratie und Bildung reflektiert partei- und die politischen Lager übergreifend zu diskutieren, kaum ausgeprägt sind.

Bosnien-Herzegowina ist heute von selbsttragender Stabilität weit entfernt.

Die Wahlen vom 2. Oktober 2022 haben den hohen Grad der Desillusionierung offengelegt. Sowohl die niedrige Wahlbeteiligung als auch die Gewinne der „Nationalisten“, die künftig das dreiköpfige Staatspräsidium stellen werden, und die damit verbundene Absage an reformorientierte Kräfte bestätigen die Einschätzungen der Beobachter, dass sich die das Land paralyisierende Politik fortsetzen wird. Es ist dieses Szenario, das die Eingriffe auf Grundlage der Bonn Powers durch den Hohen Repräsentanten Christian Schmidt rechtfertigen. Das Land leidet vor allem unter der Verhinderungsallianz zwischen dem Führer der bosnischen Kroaten, Dragan Covic, und dem Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik.

Kroatien hat mit der Aufnahme in den Schengen-Raum und dem Beitritt zur Eurozone wichtige Ziele seiner auf Verfestigung der europäischen Integration gerichteten Politik erreicht. Kroatien hat in seiner Politik eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union gesucht, ohne im Westbalkan eine exponierte Rolle als Vermittler zu spielen. Kroatien verfügt im Schengen-Raum über die längste Außengrenze und hat mit Blick auf Kaufkraft und Attraktivität um seinen Platz im Ranking der Europäischen Union gekämpft, ohne den Abwärtstrend stoppen zu können. In der Außenpolitik bleibt Kroatien unter seinen Möglichkeiten. Die von innenpolitischen Fragen dominierte Debatte um eine Beteiligung an der Ausbildungsmission der Europäischen Mission für ukrainische Soldaten durch die kroatische Armee und das Scheitern der Regierungsinitiative stehen als ein Beispiel dafür. In der Bosnienfrage laviert Zagreb aus innenpolitischen Motiven vor allem um Wählerklientel und begibt sich damit um die Chance, das Gewicht des Landes bei der Suche nach einer konstruktiven Lösung auszuspielen.

Kroatien könnte mehr zur Problemlösung im Balkanraum beitragen.

Kroatien leidet unter einer mangelnden strategischen Ausrichtung seiner Politik, versucht sich durch Abgrenzung vom Westbalkan zu positionieren, anstatt den Anspruch durchzusetzen, bei der Lösung der mannigfachen Probleme dieser Staatengruppe in der Staatengemeinschaft an führender Stelle zu wirken. Das EU-Mitglied Kroatien ist in seiner innenpolitischen Entwicklung ebenso wie in seiner außen- und europapolitischen Orientierung auf vielfache Weise mit den Problemen und Perspektiven der Staatengruppe des Westbalkans verwoben und versucht auf unterschiedliche Weise, insbesondere die Entwicklung Bosnien-Herzegowinas zu beeinflussen.

2017 schuf Kroatien in der Adriatic Trailer Initiative mit Albanien und Montenegro eine regionale Abmachung mit dem Ziel der stärkeren trilateralen Zusammenarbeit. Im Jahr 2016 hatte Kroatien mit der Ukraine eine Arbeitsgruppe gebildet und dabei die Erfahrungen der Krajina ausgetauscht.

Dem wirtschaftlichen und kulturellen Gewicht nach könnte Kroatien die Führungsnation in der Region sein. Kroatien ist seit über zehn Jahren Mitglied der Nordatlantischen Allianz und seit 2013 Mitglied der Europäischen Union. Kroatien ist heute indes weit davon entfernt, eine Führungsrolle in der Region zu spielen. Die Erschütterungen des kroatischen Parteiensystems, die Zunahme euroskeptischer Tendenzen, die Paralyse der SDP und fortgesetzte politische und Wirtschaftsskandale, ein offen ausgetragener Machtkampf zwischen Regierung und Staatspräsident um den Vorrang in der Außenvertretung des Landes haben dazu geführt, dass nach außen der Eindruck völliger Zerstrittenheit entstehen konnte. Dies hat der Konsistenz und Wirksamkeit der kroatischen Außenpolitik sichtbar geschadet und insbesondere die Durchsetzung der Ziele im internationalen Rahmen beeinträchtigt.

Innen- und außenpolitische Probleme hindern Kroatien an einer Führungsrolle.

Dabei ist in der kroatischen Sicherheitspolitik ein ehrgeiziger Anspruchsrahmen erkennbar. Kroatien hat in den vergangenen Jahren mit amerikanischer Unterstützung heftig aufgerüstet. 2015 und 2016 kaufte das Verteidigungsministerium in Zagreb neben 12 deutschen Panzerhaubitzen 2.000 weitere 16 Kiowa Warrior Helikopter aus den USA.³³ Im Februar 2022 überließen die Vereinigten Staaten den kroatischen Streitkräften zwei Black Hawk Transporthubschrauber³⁴, und bereits im Januar kündigte die kroatische Regierung den Kauf von 89 Bradley Panzerfahrzeugen für insgesamt 145,3 Millionen US-Dollar an.³⁵ Kroatien hat unter anderem Hell-Fire-Raketen von Lockheed Martin erworben und mit den Vereinigten Staaten die Modernisierung und Aufrüstung von 76 Bradley-Schützenpanzern vereinbart.

2015 hatte Kroatien die Vereinigten Staaten um eine Spende von 16 amerikanischen alt acht Artillerie Raketenwerfer mit 300 Meter Reichweite gebeten, diese aber nicht bekommen, und auch Serbien hatte sich nach Moskau wegen Beistands gewandt und von dort das Flugabwehr Raketensystem S-300 begehrt. So ambitioniert sich die kroatische Militärpolitik gibt, so wenig erscheint die gegenwärtige kroatische Balkanpolitik die größeren geopolitischen Machtverschiebungen zu berücksichtigen und zu erkennen, wie sehr eine Lösungssuche für Sicherheit, Stabilität, Demokratie und wirtschaftliche Prosperität für Bosnien-Herzegowina auch im eigenen Interesse liegt und das Gewicht des Landes auch im europäischen Rahmen steigern könnte.

Zentrale Weichenstellungen im Zusammenhang mit den Ordnungsfragen im postjugoslawischen Raum sind in der Vergangenheit immer wieder von den Vereinigten Staaten ausgegangen. Es zählt zu den Lehren der Geschichte, dass nur ein kluges, mit den europäischen Partnern konsentiertes Engagement der Vereinigten Staaten den Durchbruch zu Entwicklungen erreichen kann, die zu dauerhafter, selbsttragender Sicherheit und Stabilität im Bal-

kanraum führen. Die Biden-Administration hat die Bosnienfrage spät und erst unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Konfrontation mit Russland als politischen Hauptpunkt erkannt und scheint nun entschlossen, den über lange Zeit geduldeten Auflösungstendenzen entgegenzuwirken und die maßgeblich von den Europäern und der Europäischen Union zu verantwortenden Fehler der Bosnienpolitik korrigieren zu wollen.

Schon 2004 war die Verantwortung der NATO-Truppen auf die EU-Operation Althea übergegangen, die mit einer Truppenstärke von zunächst 7.000 Mann im Jahr 2005 auf 600 zu Beginn dieses Jahres zusammengeschmolzen war. Erst mit den jüngsten Schritten hat Amerika das Blatt gewendet. Im Februar 2022 wurde zunächst eine Aufstockung der EUFOR-Althea-Reservetruppe um 500 Mann, die außerhalb Bosnien-Herzegowinas stationiert waren, als Verstärkung der bereits im Land befindlichen Kräfte beschlossen. Dies erfolgte in ausdrücklicher Anerkennung der sich durch die russische Invasion in der Ukraine verschlechterten Sicherheitslage und deren möglicher Rückwirkung auf die Stabilität des Landes. Sie war auch ein Signal der Entschlossenheit und sollte dem prorussischen Chef der SNSD, Milorad Dodik, bedeuten, dass die Staatengemeinschaft eine Sezession der Republik Srpsak nicht dulden würde.

In Bosnien-Herzegowina wird aufgrund der russischen Bedrohung militärisch aufgerüstet.

Auch das im Juni von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete neue Strategische Konzept der Nordatlantischen Allianz hat die Sichtweise von Russland als Bedrohung der europäischen Sicherheit bekräftigt und damit die Voraussetzungen für die Begründung eines weiteren militärischen Aufwuchses in Bosnien-Herzegowina. Am 1. November 2022 hat dann der VN-Sicherheitsrat einstimmig das Mandat der EU-geführten Stabilisierungsmission EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina folgerichtig erneuert, das die Einhaltung des Friedensabkommens von Dayton überwacht und an der sich jetzt wieder 2.000 Soldaten aus mehr als 20 Staaten beteiligen. Die von der stellvertretenden russischen VN-Botschafterin, Anna Evstigneeva, damals bei der Diskussion im Sicherheitsrat vorgebrachte Argumentation, es gebe noch immer keine Erklärung für den ungerechtfertigten Schritt der Aufstockung von EUFOR Althea, darf als diplomatische Pflichtübung angesehen werden.³⁶

Die jüngsten russischen Einlassungen im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem Balkan können als weiteres Indiz dafür genommen werden, wie sehr die russische Außen- und Sicherheitspolitik durch das kriegsstrategische, politische und moralische Desaster des Ukrainekrieges aus dem Konzept gebracht worden ist und mit dem in der Konsequenz aus den Ereignissen noch gar nicht vollumfänglich absehbaren Einflussverlust ringt. Russland sucht seine Rolle, und dies gilt insbesondere auch für den Balkan.

Vor dem hier skizzierten Hintergrund bringt der Blick auf mögliche Verhaltensmuster Russlands schwer kalkulierbare Risiken und vorsichtig zu nutzende diplomatische Chancen mit sich. Diese werden indes nur dann genutzt werden können, wenn es den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Europa gelingt, eine gemeinsame strategische Antwort für die Lösung der Probleme der Region zu finden, Einmütigkeit im Urteil zu demonstrieren und, wo immer nötig, auf eine militärische Absicherung der Perspektive für Sicherheit und Stabilität zurückzugreifen. Die ostentative Stärkung der politischen Rolle des Hohen Repräsentanten und die Rückendeckung für die getroffenen Maßnahmen des auf Auflösung des unbefriedigten Status quo setzenden Hohen Repräsentanten Christian Schmidt durch die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Diese Unterstützung hat auch russische Versuche vereitelt, über eine Vetoposition im UN-Sicherheitsrat das Amt des Hohen Repräsentanten und der EU-Präsenz zu schwächen sowie in Bosnien-Herzegowina Klientelpolitik zu fördern. So haben erst die USA einen grundlegenden Kurswechsel in der westlichen Balkanpolitik ermöglicht.

Eine Lösung zur Befriedung der Region gibt es nur gemeinsam mit Europa und den USA.

Der amerikanische Außenminister Anthony J. Blinken hat in einem Pressestatement vom 8. Juni 2021 dieses überragende Interesse der Vereinigten Staaten an der Sicherheit und Stabilität für den westlichen Balkan zum Ausdruck gebracht: „Our commitment of promoting democracy, transparency and accountability across the Western Balkans is both unwavering and consistent of the standards the countries of the region must meet secure their goals of advancing on the European path.“³⁷ Dieses Statement steht im Zusammenhang mit dem Erlass einer Executive Order von Präsident Biden,³⁸ die darauf ausgerichtet ist, das Sanktionsregime für den westlichen Balkan mit Blick auf Korruptionsbekämpfung und die Erleichterung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Einzelpersonen zu verbessern. In einer Stellungnahme vom 27. August 2021³⁹ haben die Vereinigten Staaten ihr Bekenntnis zu einer vollständigen Integration Bosnien-Herzegowinas in die westlichen Institutionen bekräftigt, da sie dies als eine Voraussetzung für eine dauerhaft tragende Stabilität des westlichen Balkans erkennen.

Dies eröffnet dem Hohen Repräsentanten weitere Spielräume und gibt, zusammen mit seinem engagierten Einsatz für eine echte europäische Option des Landes, wie sie die Gewährung des Status des Beitrittskandidaten eröffnet, die Chance für einen echten Neuanfang Bosnien-Herzegowinas. Auch ermöglicht sie eine Auflösung des quälenden Stillstands, der viel zu lange das Land paralyisiert, die Perspektive für engagierte junge Menschen verstellt und die Gefahr einer Dekomposition hin zu einem vollständigen staatlichen Zerfall eingeschlossen hat. Es wird allerdings weiterhin maßgeblich auf die amerikanische Haltung ankommen, um die verfassungs-

rechtlichen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit der frustrierende Trend der Abwanderung und die Spirale der Hoffnungslosigkeit im Land überwunden werden können.

Fazit und Empfehlungen

Die nachfolgenden Empfehlungen erfolgen vor dem Hintergrund der geopolitischen Verschiebungen der Gegenwart und der Annahme, dass die europäische Sicherheitsarchitektur auf absehbare Zeit von einem konfrontativen Grundscenario und den nachhaltigen Bemühungen um Einhegung Russlands geprägt sein wird.

Mit der Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten an Bosnien-Herzegowina ist Bewegung in die über sehr lange Zeit festgefahrene Situation gekommen. Die Lösung der Bosnienfrage, Versöhnung als Voraussetzung für innerstaatliche Konsolidierung, bleibt die entscheidende Voraussetzung, damit der Westbalkan insgesamt an Handlungsfähigkeit gewinnt und im europäischen Bewusstsein weiter von der Peripherie ins Zentrum des Kontinents rücken kann. Die Verwirklichung des politischen Ziels der Überführung der Staaten des Westbalkans in die euro-atlantischen Strukturen hängt ganz wesentlich davon ab, ob es gelingt, eine innere demokratische Festigung dieser Staaten zu erreichen und die Verbreiterung der demokratischen Kultur in den jeweiligen Ländern durch Aufarbeitung der eigenen Geschichte und durch Stärkung der zivilgesellschaftlichen Elemente entscheidend zu fördern.

Es bleibt das vorrangige Ziel der Staatengemeinschaft, den fortschreitenden Destabilisierungstendenzen mit seinen über Bosnien hinausreichenden und kaum kalkulierbaren Konsequenzen entschieden entgegenzutreten und den Einfluss der Großmächte China und Russland auf dem Balkan zurückzudrängen. Das wird am ehesten gelingen, wenn in der Analyse und in den Lösungsvorschlägen ein Schulterchluss zwischen den europäischen Akteuren und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gesucht wird, die geopolitischen Herausforderungen der Region in ihrem Zusammenspiel zwischen Innenpolitik und Außenpolitik analysiert und ihnen konsequent begegnet werden kann.

Dies bringt es mit sich, insbesondere Fragen, wie sie mit dem Agieren Russlands, Chinas und der Türkei verbunden werden können und die sich auf den außenpolitischen Kurs der Staaten des Westbalkans auswirken, konsequent zu analysieren, bei der Suche nach Lösungen einzubeziehen und das Instrumentarium der Europäischen Union mit Blick auf die zielgerichtete Verwirklichung von Reformen zu überarbeiten. Vor dem Hintergrund des großen Engagements Deutschlands auf dem Balkan in den 1990er-Jahren, einem Einsatz, der ganz wesentlich zur Stärkung der internationalen Rolle

**Bosnien-Herzegowinas
Weg nach Europa
setzt Versöhnung im
Inneren voraus.**

Deutschlands beigetragen hat, mit Blick auf das gewachsene strategische Gewicht des Landes und das überragende Interesse an Sicherheit und Stabilität in Gesamteuropa ist eine Konzentration der diplomatischen Bemühungen Deutschlands mit dem Ziel der Lösung der heute noch offenen Balkanprobleme nachdrücklich angezeigt.

Aufgrund der geostrategischen Bedeutung und der Signalwirkung der Lösung des Bosnien-Problems für die regionale Sicherheit erscheint eine Schwerpunktsetzung auf Intensivierung der Bemühungen um nationale Aussöhnung in Bosnien-Herzegowina angeraten. Dies wird umso besser gelingen, als eine realistische Einschätzung der serbischen Ambitionen und eine Intensivierung der diplomatischen Kontakte nach Serbien die Voraussetzung für die Erreichung des erstgenannten Ziels wesentlich befördern können.

In der EU gibt immer noch keine einheitliche Linie in Bezug auf die Balkanpolitik.

Bei allen Aktivitäten in der Region muss klar sein, dass die Ziele umso eher erreicht werden können, wenn Einvernehmen unter den wesentlichen europäischen Partnern hergestellt werden und die Europäische Union zu noch stärkerem strategischem Handeln bewegt werden kann. Zu einer schonungslosen Analyse gehört, dass trotz aller Bemühungen um Einvernehmen heute noch immer unterschiedliche Akzente, Zugänge und Motive in der Balkanpolitik in den europäischen Hauptstädten vorherrschen. Dies betrifft insbesondere Berlin und Paris. Gerade deshalb ist eine enge und kontinuierliche Abstimmung mit Paris angeraten. Dabei ist zu beachten, dass in den vergangenen Monaten in zutreffender Analyse der historisch begründeten Defizite der französischen Außen- und Sicherheitspolitik der Quai d'Orsay seine Bemühungen um Präsenz in der Region verstärkt hat.

Ein gezieltes Engagement auf dem Balkan erfordert von Deutschland auch die Intensivierung der diplomatischen Absprachen mit Ungarn. Ungarn nimmt traditionell eine Sonderrolle aufgrund seiner ausgeprägten bilateralen Angewiesenheit auf russische Gaslieferungen und seiner Ambitionen als Gestaltungsmacht im Karpatenbecken ein und ist in der Vergangenheit wiederholt aus der Solidarität innerhalb der europäischen Länder ausgesichert. Vor dem Hintergrund des abnehmenden strategischen Gewichts Ungarns als Konsequenz des fortdauernden Ukrainekriegs ist davon auszugehen, dass Premierminister Orbán seine Balkankarte als eine der letzten ihm verbleibenden aktiven Trümpfe weiter konsequent und maßgeblich unter Verfolgung eigener Interessen ausspielen wird.

Mit Blick auf die künftige Politik von Nordatlantischer Allianz, Europäischer Union und die Staatengemeinschaft wird insbesondere empfohlen:

- der wachsenden strategischen Schlüsselbedeutung der Region gerecht zu werden und sie noch stärker zum Gegenstand einer gestaltenden deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu machen und insbesondere die Europäische Union weiter konsequent für die strategische Gestaltung in der Balkanregion zu befähigen, um im Falle einer politischen Neuordnung in der Region die europäisch-atlantischen Weichenstellungen entsprechend begünstigen zu können. Damit wäre die weitere Annäherung der Region ermöglicht, die europäisch-atlantischen Strukturen zu unterstützen und zugleich die geopolitischen Einflussversuche Russlands und Chinas weiter zurückzudrängen.
- die Bemühungen um Stabilisierung und Stärkung der demokratischen Strukturen und Prozesse in Bosnien-Herzegowina und den anderen Staaten des westlichen Balkans konsequent zu stärken und dabei Fragen des zivilgesellschaftlichen Dialogs und der Stärkung der demokratischen Strukturen sowie der Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum der Förderprogrammatis der Europäischen Union zu stellen und die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den einzelnen Beitrittskandidaten so zu gestalten, dass die Anreize in den einzelnen Ländern für echte Reformen steigen und zum Gegenstand eines überprüfbaren Vergleichs werden.
- den sicherheitspolitischen Dialog in der Region zielgerichtet auszubauen und in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit konsequent auf Stabilitätstransfer zu setzen, den Prozess der Streitkräfte-reformen konsequent zu stärken und mit Blick auf die Bedürfnisse regionaler Sicherheit inhaltliche Vorschläge zur Neuordnung der Nato-Partnerschaftspolitik zu entwerfen.

Anmerkungen

- 1 Das Treffen EU-Westbalkan fand am 6. Dezember 2022 in Tirana (Albanien) statt. Die Erklärung von Tirana wurde angenommen, <https://www.consilium.europa.eu/media/60566/tirana-declaration-de.pdf>, Stand: 21.12.2022.
- 2 Zitiert nach: Der Spiegel: Scholz betont EU-Perspektive für Westbalkan, Artikel vom 3.11.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-betont-eu-perspektive-fuer-westbalkan-bei-gipfel-in-berlin-a-64ac009a-cf7b-476a-a022-39fc9f95e00e>, Stand: 21.12.2022.
- 3 https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-eu-proposal-agreement-path-normalisation-between-kosovo-and-serbia_en; https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/02/28/eu-publishes-kosovo-serbia-plan-after-tough-talks_6017565_4.html, Stand: 28.2.2023.
- 4 Zit. nach Alexandra Brzuzowski: Serbien und Kosovo steuern auf Normalisierung ihrer Beziehungen zu, in: EURACTIV, 27.2.2023, www.euractiv.de.
- 5 Zitiert nach: The Telegraph: Blockades on Kosovo-Serbia border removed by Nato peacekeepers, Artikel vom 1.8.2022, <https://euobserver.com/world/155676>, Stand: 21.12.2022.
- 6 Abkommen zwischen Belgrad und Pristina: <https://www.rts.rs/upload/storyBoxFileData/2013/04/20/3224318/Originalni%20tekst%20Predloga%20sporazuma.pdf>, Stand: 30.12.2022.
- 7 Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt, 21.3.2022, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf>, Stand: 21.12.2022., S. 5.
- 8 Ebd.
- 9 Sixtieth report of the High Representative for Implementation of the Peace Agreement on Bosnia and Herzegovina to the Secretary-General of the United Nations, S/2021/912, November 2021.
- 10 Andrew Giggins: In the Tinderbox of Bosnia, a Serb Nationalist Lights a Match, in: New York Times, 2.1.2022.
- 11 Andreas Ernst: Die EU braucht neue Optionen für den Westbalkan, in: NZZ, 6.10.2021.

- ¹² Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO: Strategisches Konzept der NATO 2022, <https://nato.diplo.de/nato-de/service/-/2539668>, Stand: 16.12.2022.
- ¹³ Anne Applebaum: Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist, München 2021.
- ¹⁴ So Barak Obama beim Nuclear Security Summit im März 2014: <https://www.youtube.com/watch?v=PkQUzeZbLEs>; bzw. John McCain während einer Pressekonferenz in Kiev im März 2014, https://news.yahoo.com/mccain-ukraine-crimea-160807712.html?guccounter=1&guce_referrer=aHR0cHM6Ly9kdWNrZHVja2dvLmNvbS8&guce_referrer_sig=AQAAAGWQmqEhE-Fr1vhylx6hJYZHB14SDe5HP3_WC4COBTJm-1JKYx9zkUbsE37PQzvpfYArg5oOGg9XKoa7puc74rhDiNQHqeSvvqeMHU-2buvOuM6UQ6my7GLVrAtjdoYpdOAV84oPuDld_rxOtt_fYdg5NmglZtQW93qesFCYQEH, Stand: 21.12.2022.
- ¹⁵ Nach Lothar Rühl: Moskau's Ambitionen auf Weltherrschaft, in: Der Spiegel 14/1981, S. 191-201.
- ¹⁶ The Policy Planning Staff, Office of the Secretary of State (Hrsg.): The Elements of the China Challenge, Washington, November 2020, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/11/20-02832-Elements-of-China-Challenge-508.pdf>, Stand: 21.12.2022.
- ¹⁷ Preface to: Military and Security Developments involving the Peoples' Republic of China: A Report to Congress pursuant the National Defence Authorization Act for Fiscal Year 2021, <https://media.defense.gov/2021/Nov/03/2002885874/-1/-1/0/2021-CMPR-FINAL.PDF?source=GovDelivery>, Stand: 21.12.2022.
- ¹⁸ Agon Maliqi u. a.: Transition to What? Western Balkan democracies in a state of illiberal equilibrium, Prishtina 2020, <https://sbunker.net/teh/90726/transition-to-what-western-balkans-democraciesin-a-state-of-iliberal-equilibrium/>, Stand: 21.12.2022.
- ¹⁹ O.A.: Serbia signs for the acquisition of Mistral 3 short-range air defence systems with MBDA, 16.7.2019, <https://www.mbd-systems.com/press-releases/serbia-signs-for-the-acquisition-of-mistral-3-short-range-air-defense-systems-with-mbda/>, Stand: 21.12.2022.
- ²⁰ Benjamin Weinthal: Serbian president tells „Post“ he will buy weapons from Israel, 2.3.2022, <https://www.jpost.com/israel-news/serbian-pres-tells-post-he-plans-to-buy-weapons-from-israel-619454>, Stand: 21.12.2022.

- ²¹ Jaroslaw Adamowski: Rafael aims to supply Spike LR2 missiles to Serbia, Poland, 7.9.2021, <https://www.defensenews.com/global/europe/2021/09/07/rafael-aims-to-supply-spike-lr2-missiles-to-serbia-poland/>, Stand: 20.6.2022.
- ²² Yusuf Centiner: Serbia Announces Its Intention To Buy Bayraktar TB2 Drones From Turkey, 13.4.2022, <https://www.overtdefense.com/2022/04/13/serbia-announces-its-intention-to-buy-bayraktar-tb2-drones-from-turkey/>, Stand: 21.12.2022.
- ²³ NATO, Relations with Serbia, 23.5.2022, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_50100.htm, Stand: 20.6.2022.
- ²⁴ Drew Balstad, Joint Implementation Commission monitors boundary lines, 3.5.2010, https://www.army.mil/article/38400/joint_implementation_commission_monitors_boundary_lines, Stand: 20.6.2022.
- ²⁵ O. Vucic: „We won't forget NATO aggression“, 24.3.2022, <https://rs.n1info.com/english/news/vucic-we-wont-forget-nato-aggression/>, Stand: 21.12.2022.
- ²⁶ O. Vucic: „Serbian people don't want NATO“, 21.2.2022, https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/vucic-serbian-people-dont-want-nato/, Stand: 21.12.2022.
- ²⁷ O. Vucic: „Kosovo's request for fast-track NATO membership idea of EU, US lobby ists“, 1.3.2022, https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/vucic-kosovos-request-for-fast-track-nato-membership-idea-of-eu-us-lobbyists/, Stand: 21.12.2022.
- ²⁸ Zit. nach Vedran Dzihic, in: Südosteuropa-Mitteilungen 1-2/2020.
- ²⁹ Ebd., S. 14.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Cf. <https://www.aa.com.tr/en/europe/2-serbians-shot-in-kosovo-on-orthodox-christ-mas-eve-says-belgrade/2781620>.
- ³² FAZ: Republika Srpska. Eine Geburtstagsfeier als Provokation, Artikel vom 10.1.2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/bosnien-jahrestag-republika-srpska-1.5503840>, Stand: 21.12.2022.
- ³³ Vuk Vuksanovic / Marija Ignjatijevic: What's behind the arms buildup in the Balkans, 28.12.2021, <https://warontherocks.com/2021/12/whats-behind-the-arms-buildup-in-the-balkans/>, Stand: 21.12.2022.
- ³⁴ Gareth Jennings: Croatia receives first Black Hawks, 3.2.2022, <https://www.janes.com/defence-news/news-detail/croatia-receives-first-black-hawks>, Stand: 21.12.2022.

- ³⁵ O.A.: Croatia Armed Forces to acquire 89 Bradley fighting vehicles, 28.1.2022, <https://www.army-technology.com/news/croatia-armed-forces-to-acquire-89-bradley-fighting-vehicles/>, Stand: 21.12.2022.
- ³⁶ Statement by Deputy Permanent Representative Anna Evstigneeva at UNSC briefing on the situation in Bosnia and Herzegovina, https://russiaun.ru/en/news/021122_evst; cf. also <https://press.un.org/en/2022/sc15094.doc.htm>, Stand: 30.12.2022.
- ³⁷ Press statement by Anthony J. Blinken at June 8, 2021: US commitment to the Western Balkans, HOME PAGE State Department.
- ³⁸ Executive order 14033 of June 8, 2021: Blocking property and suspending entry into the United States of certain persons contributing to destabilizing the situation in the Western Balkans, in: Federal Register vol. 86, No. 110, June 10, 2021.
- ³⁹ Bilateral relations fact sheet: US relations with Bosnia and Herzegovina, State Department August 27, 2021.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand

- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen
- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)
- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Nr. 84 Salafismus in Deutschland und Bayern – Ein Problemaufriss
- Nr. 85 Agitation von Rechts – QAnon als antisemitische Querfront
- Nr. 86 Freiheitsgrundrechte in Zeiten von Corona
- Nr. 87 Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und
Bundestagswahl – Untersuchungsbericht

- Nr. 88 Kinderschutz stärken –
Prävention und Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch
- Nr. 89 Über Entwicklungshilfe hinaus – Die EU-Strategie mit Afrika zum
Nutzen für Afrika (deutsch und englisch)
- Nr. 90 Kultur im Kampf gegen Corona
- Nr. 91 Die Zukunft der deutschen militärischen Luft- und Raumfahrt –
Herausforderungen und Handlungsoptionen
- Nr. 92 EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft und gute Regierungsführung –
Trends und Herausforderungen (deutsch und englisch)
- Nr. 93 Der neue Deutsche Weg –
Für eine Neuordnung der Prostitutionsgesetzgebung
- Nr. 94 Gesundheitsdaten nutzen!
Für eine patientenwohlorientierte Versorgung von morgen
- Nr. 95 Innovationen für die Zukunft –
Perspektiven für den Wissenschaftsstandort
- Nr. 96 Polizistinnen und Polizisten besser schützen
- Nr. 97 Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-622-6
Herausgeber	Copyright 2023, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Susanne Hornberger (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Die Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt das Ziel, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen und sichtbar zu machen. Sämtliche im Text verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**